

# Breslauer



# Beitrag.

N<sup>o</sup> 153.

Dinstag den 3. Juni

1851.

## Telegraphische Nachrichten.

**Paris, 31. Mai.** Die Legislative beschäftigt sich mit den Anträgen Morin's und Moulins, bezüglich der Bildung einer Specialkommission für Revisionsanträge.  
**Paris, 31. Mai.** Proc. Rente 90, 75; 3proc. 56, 25.  
**Triest, 1. Juni.** Wochenbericht. Kaffee weichend, übrigens nur wegen starker Zufuhren, so wie auch in Zucker. Baumwolle sehr flau, Mako 41—45. Südfrüchte flau.  
**Nizza, 27. Mai.** Avidores Gefuch gegen Ertrag einer Kaution auf freiem Fuße untersucht zu werden, ist vom Gerichtshof verworfen worden.

## Uebersicht.

**Breslau, 2. Juni.** Ueber die am 31. Mai zu Berlin stattgefundene Friederichsfeier haben wir in der gestrigen Zeitung ausführlich berichtet. In dem heutigen Blatte geben wir noch einige interessante Nachrichten zu diesen Berichten. In vielen Städten der Monarchie haben am gedachten Tage ebenfalls Feierlichkeiten stattgefunden. In Berlin waren außer vielen anderen hochgestellten Personen, noch eingetroffen: Der Herzog von Genua, der Erbprinz von Anhalt-Deskau, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin nebst Gemahlin, der Erbprinz von Mecklenburg-Strelitz nebst Gemahlin und dem Erbprinzen, die verwitwete Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, die Prinzessinnen Agnes und Maria von Anhalt-Deskau, die Großfürstin Michael und Nikolaus von Rußland, der Prinz und die Prinzessin Friedrich der Niederlande u. — Der Prof. Rauch hat von Sr. Majestät eigenhändig den Stern zum rothen Adlerorden zweiter Klasse erhalten.

An verschiedene kleine Staaten (z. B. Bremen, Hamburg) ist die Forderung zur Beschränkung der Presse gestellt worden. Man stützt sich dabei auf den Bundesbeschluß vom 3. März 1848.

Österreichische Blätter meinen, daß die Folgen der Warschauer Konferenzen erst in der Zukunft sichtbar werden würden. Die Woz. Ztg. veröffentlicht nachträglich mancherlei Data über die außerordentlich freundliche Aufnahme, welche der Ministerpräsident v. Manteuffel Seitens des Kaisers von Rußland in Warschau gefunden habe.

Die Verwaltung des Bundes-Eigentums, die Hauptaufgabe der bisherigen Bundescentral-Kommission geht nach Lage der Bundesverfassung ohne Weiteres an den Bundesrat über. Die Bundes-Militär-Kommission ist eine untergeordnete Behörde, zusammengesetzt aus 6 Mitgliedern, und schon durch den Bundesbeschluß vom 19. März 1849 ins Leben gerufen.

Auf seiner Reise von Köln nach Berlin am 29. Mai ist der Prinz von Preußen einer großen Gefahr glücklich entgangen. Bei Wolfenbüttel gerieth nämlich der Eisenbahnwagen, auf welchem sich der Prinz befand, aus den Schienen, glücklicherweise jedoch ohne irgend einen Unfall zu veranlassen.

Am selben Tage traf die erlauchte Gemahlin des Prinzen von Preußen mit ihrer Tochter, Prinzessin Louise in Koblenz ein. Sie wird in den nächsten Tagen nach Baden-Baden sich begeben, wohin ihr auch nach einiger Zeit der Prinz von Preußen folgen wird.

Am 30. Mai hielt der Bundesrat zu Frankfurt a. M. nach langer Pause wieder eine Sitzung. Die Bevollmächtigten waren vollständig versammelt.

Am 29. Mai hat ein neu eingetretener Abgeordneter in der Kammer zu Stuttgart ebenfalls erklärt: daß die Kammer nicht zu Recht befehle. Die Kammer genehmigte hierauf mit großer Majorität den Eisenbahn-Vertrag zwischen Würtemberg und Baden.

Aus Karlsruhe wird mit vieler Bestimmtheit gemeldet: daß den noch eine Truppenaufstellung längs der Rheinlinie stattfinden werde. Dasselbe wird aus Frankfurt berichtet mit dem Bemerkten, daß bereits die badiſche Befragung kleine Uebungs-Märſche durch die Rhein-Ebene mache.

Die furchtbare Noth, welche über das arme Volk in Kurhessen durch die Einquartierungslast gebracht worden ist, scheint endlich auch die dortige Regierung zu der Ueberzeugung gebracht zu haben, daß diese Last vermindert werden müsse. Am 2. Juni nämlich sollen 1000 Baiern nebst 2 Geschützen Kurhessen verlassen.

In Anhalt-Köthen ist der Landtag auf den 2. Juni einberufen worden, um den Finanz-Etat pro 1851 und 1852 zu beraten. Er wird die freudige Kunde vernehmen, daß die Schulden des Landes seit 1846 sich um die Hälfte verringert haben. Welche Regierung in Europa kann ein gleiches Resultat aufweisen?

Die Ministerkrise in Hannover, welche von der ministeriellen Preuß. Ztg. als nahe bevorstehend bezeichnet wurde, dürfte nach hiesigen Nachrichten noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Wie ferner hiesige Blätter melden, dürfte der Fortbestand der deutschen Flotte außer Zweifel sein. Der Admiral Bromme soll dies nach seiner Rückkehr von Frankfurt a. M. seinen Offizieren mit Bestimmtheit versichert haben. Das deutsche Flotten-Geschiff „Emslu“ liegt von Hamburg mit neu angeworbenen Matrosen ab. Im nächsten Herbst werden Uebungsfahrten stattfinden.

In Leipzig sind die Hausjungen von Tage zu Tage. Dieser Tage paßte ein österreichisches Detachement, welches aus Böhmen kam, die Stadt Zittau. Es bringt 6 Kanonen und 60 Zentner Pulver nach Gollstein, ein Zeichen, daß ein Zurückziehen der dort postirten Oesterreicher noch nicht zu denken ist.

Zu Paris ist in der Nationalversammlung eingegangen, obgleich kein einziger Antrag auf Revision der Verfassung, obgleich dies schon am 28. gestattet war. Man wartet, bis der Antrag von Moulins auf Niederlegung einer Specialkommission für dergleichen Anträge angenommen sein wird. Uebrigens meint man, daß diese Anträge auf Verfassungs-Revision nicht sehr zahlreich eingebracht werden. Ebenso erwartet man, daß eine bedeutende Modifikation des Wahlgesetzes vom 31. Mai eintreten werde, indem der Präsident glaubt, auf diese Weise entweder seine Wiederwahl, oder, was wahrscheinlicher, eine Verlängerung der Präsidentschaft zu erreichen. — Am 30. sprach man zu Paris wieder von einem Ministerium Dillon Barrot. — In Afrika haben mehrere blutige Kämpfe zwischen den Franzosen und den Kabylen stattgefunden.

Zu London stellte man am 28. Mai im Unterhause wieder einen Antrag auf ein Adelsvolontariat gegen das Ministerium wegen der Vorgänge auf Ceylon. Am 29. in der Nacht wurde dieser Antrag mit einer Majorität von 80 Stimmen verworfen. Wo wieder ein nicht unerheblicher Sieg des Ministeriums. — In England ist die religiöse Aufregung durch die päpstliche Verdammsbulle sehr gesteigert worden. — In Samworth haben Unruhen stattgefunden.

Ueber das neueste Ministerium in Portugal geben wir heute einige kleine Notizen. Die Revolution ist noch im Werden begriffen. Das Berliner C. B. hat Nachrichten aus der Schweiz erhalten, wonach die österreichischen Truppen im Süden der Schweiz alles versuchen, um einen Zusammenstoß mit den Schweizern herbeizuführen.

Aus Konstantinopel meldet man, daß 85 ungarische Flüchtlinge, unter ihnen Messaros, nach den Dardanellen geschickt worden sind, um von da nach England und Amerika transportiert zu werden. — Der türkische Kriegsminister ist entlassen worden. — In den türkischen Provinzen sind die Zustände noch sehr unsicher.

Aus Wien meldet man: das neue österreichische Anleihen wird sich auf 66 Millionen Gulden belaufen. — Der neue Handelsminister v. Baumgartner soll schon wieder sein Portfeuille niedergelegen.

In Olmütz zirkulirten am 30. und 31. Mai die widersprechendsten Gerüchte in Bezug auf eine Zusammenkunft des preussischen mit dem russischen und österreichischen Monarchen. Der Grund dieser Gerüchte sowohl als mancherlei vergebliche Zurüstungen veranlassen Folgerungen auf ein für Oesterreich nicht günstiges Ergebnis der Warschauer Konferenzen. In der That reiste am 31. Mai der Kaiser von Rußland nach Warschau ab. Selbst der Kaiser von Oesterreich schickte sich zur Abreise nach Wien an, trotz der großartigen Vorbereitungen, die mindestens auf eine mehrwöchentliche Anwesenheit hatten schließen lassen.

Nach den neuesten Nachrichten erfolgte die Abreise des Kaisers Franz Josef noch am 31. Mai Nachts 11 Uhr nach Prag, woselbst er am 1. Juni in Begleitung des Großherzogs von Darmstadt und des Prinzen Albert von Sachsen so wie des Ministerpräsidenten Schwarzenberg eintraf. Gleichzeitig haben auch alle österreichischen Notabilitäten Olmütz verlassen. — Der Kaiser von Rußland hat in Olmütz Orden und Gold in sehr reichlichem Maße ausgetheilt.

In dem großen russischen Lager bei Lomitz in Polen soll nächstens ein Wandel stattfinden, welchem auch die österreichischen Generale Fürst Windischgrätz und Seydewitz beizugehören werden. Dieselben sind bereits am 1. Juni auf der Reise nach dort Ratibor passiert. Die in Berlin anwesenden Großfürsten sollen ebenfalls den Prinzen von Preußen dazu einladen.

## Zur Wiederherstellung der alten Kreistage.

In der gestrigen Versammlung der auf Grund des Ministerial-Reskripts vom 15ten Mai zusammenberufenen alten Kreisstände des Strehleher Kreises, habe ich den Antrag gestellt: die bisherige interimistische Kreisvertretung beizubehalten, ein Antrag welcher mit 16 gegen 7 Stimmen angenommen ward. Dieser Schritt, welcher von mir nur nach gewissenhafter Ueberlegung, ohne vorherige Rücksprache mit irgend Jemanden und mit besonderer Rücksicht auf den von mir am 6. Februar 1850 geleisteten Eid: „Seine Majestät dem Könige treu und gehorsam sein und die Verfassung gewissenhaft beobachten zu wollen“ geschehen ist, wird, wie ich voraussehe, in den verschiedenen politischen Kreisen die verschiedensten Urtheile erfahren, ja es wird auch an Verdrüsslichkeit meiner Gesinnung nicht fehlen. Ich fühle mich deshalb veranlaßt, den Vortrag, durch welchen ich meinen Antrag in der Versammlung motivirte, der Öffentlichkeit zu übergeben, indem ich kein unparteiisches, auf vollständiger Kenntniss der Thatsachen beruhendes Urtheil scheue. Ich glaube mich dazu um so mehr berechtigt, als der Art. 17 der Kreisordnung den Kreisversammlungen die Öffentlichkeit zusichert.

Die Verfassung des königl. Ministeriums des Innern vom 15ten Mai betreffend die Uebertragung der interimistischen Kreisvertretung an die alten Kreisstände, sagt im alinea b:

„Sollte jedoch in einzelnen Fällen die Ausübung der einstweiligen Kreisvertretung unter den obigen Maßgaben den eigenen Wünschen der bisherigen Kreistage nicht entsprechen, so ist diese interimistische Kreisvertretung und demgemäß auch die Wahl der gedachten Abschätzungskommissionen, den im § 1 des Regulativs vom 3. Juni v. J. bezeichneten Kreis-Kommissionen, in der dort angegebenen Zusammensetzung, vorläufig zu belassen.“

Es geht hieraus hervor, daß der Minister die Uebertragung der interimistischen Kreisvertretung an die alten Kreisstände nicht unbedingt anordnet, sondern sie von der Entscheidung der letzten abhängig macht.

Diese Entscheidung zu begründen haben die alten Kreisstände wohl die Pflicht, die Uebernahme jener Vertretung aus dem Gesichtspunkte des Rechts und der Zweckmäßigkeit gründlich zu erwägen. Denn die Kreisstände, indem zu jener Uebernahme ihre freier Entschluß erforderlich ist, machen sich auch für denselben unter jenen beiden Gesichtspunkten verantwortlich. Sie haben es also mit zu verantworten, ob das was sie durch denselben thun, verfassungsmäßig recht, und für das Wohl des Landes zweckmäßig ist.

Aus dieser Ansicht fließt die nachfolgende Betrachtung und der darauf begründete Antrag.

Der Art. 4 der Verfassungsurkunde bestimmt:

„Standesvorrechte finden nicht statt.“  
Die Vertretung aller Rittergutsbesitzer durch Kreisstimmen auf den Kreistagen war offenbar ein solches Standesvorrecht, welches unbedingt durch die Verfassung aufgehoben ist. Die Vertretung derselben durch Wahl, insofern überhaupt nach Ständen gewählt wird, würde es nicht sein; deshalb ist die neue interimistische Kreisvertretung an sich, abgesehen von ihrer Entstehung, nicht verfassungswidrig; — die alten Kreisstände würden es sein.

Denn, auch abgesehen von dem weiter unten zur Erörterung kommenden Art. 105 der Verf., würden, schon durch den Art. 4 in Verbindung mit dem Art. 109 der Verf., welcher lautet:

Die bestehenden Steuern und Abgaben werden fortgehoben, und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetze, einzelner Gesetzbücher und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwider laufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden. Die alten Kreisstände, weil ihre Zusammenfassung der Verfassung zuwider läuft, nicht in Kraft bleiben dürfen.

Der Art. 110 der Verfassung:

„Alle durch die bestehenden Gesetze angeordneten Behör-

den bleiben bis zur Ausführung der sie betreffenden organischen Gesetze in Thätigkeit.“

ändert hierin nichts, weil er nur von Behörden, nicht aber von politischen Korporationen, Kreisvertretungen u. handelt. Niemand wird aber die alten Kreistage für Behörden erklären wollen.

Der Art. 105 der Verfassung bestimmt demnach ausdrücklich sub Nr. 1:

„Ueber die innern Angelegenheiten der Kreise beschließen aus gewählten Vertretern bestehende Versammlungen.“  
Er macht also ausdrücklich die Wahl zur Bedingung der Vertretung.

Es sind ferner durch Artikel 66 der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung, „alle Gesetze über die Kreis- und Provinzialstände aufgehoben“ und ausdrücklich nur die bisherigen Verwaltungen der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Institute in vorläufiger Wirksamkeit belassen, bis die Provinzial-Versammlungen darüber anderweitig beschließen würden.

Es sind also durch diesen Artikel 66 selbstredend und ohne allen Zweifel die bisherigen Kreisstände aufgehoben, und es ist damals gar nicht beabsichtigt, diese Kreisstände auch nur so lange in Wirksamkeit zu lassen, bis die neue definitive Kreisvertretung, auf Grund der Kreis-Ordnung vom 11. März 1850, hergestellt sein würde. Dieses geht schon unzweifelhaft daraus hervor, daß, während der § 156 der Gemeinde-Ordnung ausdrücklich bestimmt:

„daß die bisherigen Gesetze und Verordnungen über die Verfassung der Gemeinden erst von dem Zeitpunkte an außer Kraft treten sollen, mit welchem in den einzelnen Gemeinden die Einführung der neuen Gemeinde-Ordnung beendet sei, und welcher durch das Amtsblatt des Bezirks zur öffentlichen Kenntniss gebracht werden solle.“

die Kreisordnung nirgends eine solche Bestimmung enthält, und es ist also unstreitig, daß die Bestimmung des Art. 66 der letzten 10 Tage nach deren Publikation in der Gesetzsammlung in Kraft getreten ist, daß also mit diesem Tage alle die politischen Rechte aufhörten, welche sich auf die dort aufgehobenen Gesetze und Verordnungen gründeten.

Wenn dagegen ein Abgeordneter in der Sitzung der 1. Kammer vom 3. März d. J. (Monat. Bericht S. 624), um zu beweisen, daß die alten Kreisstände noch gegenwärtig zu Recht beständen, jenen Artikel 66:

„Alle Gesetze über die Kreis- und Provinzialstände sind aufgehoben“, damit widerlegen will, daß er sagt:

„Durch die Aufhebung der Gesetze werden bekanntlich die Rechte, die auf Grund der Gesetze vor deren Aufhebung erworben sind, nicht aufgehoben, denn Gesetze haben in der Regel keine rückwirkende Kraft. Noch weniger sind durch Aufhebung der Gesetze über die Kreisstände deren vor diesen Gesetzen erworbene Rechte oder gar die Kreisstände selbst aufgehoben.“

so bedarf es für den gesunden Menschenverstand wohl keiner Widerlegung dieses täuschenden aber völlig haltlosen Sophismus. Es sei nur erwähnt, daß, wenn jene Auffassung als wahr angenommen würde, es rein unmöglich sein würde, in einem Staate irgend welche einmal bestehende politische Rechte aufzuheben oder nur abzuändern, denn immer müßten durch frühere Gesetze solche Rechte erworben sein, ehe ein neues Gesetz darüber erscheint, welches sie aufhebt; sollten jene also durch dieses nicht aufgehoben werden können, so würde dieses nie zur Ausführung kommen. Die früher bestehenden politischen Rechte bleiben allerdings bis zum Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit des neuen Gesetzes, welches sie aufhebt, in unangefochtener Rechtskraft, die früher auf Grund jener Rechte vollzogenen Handlungen bleiben es sogar auch für die Zukunft, bis sie etwa durch einen neuen Akt der kompetenten Gesetzgebung abgeändert oder aufgehoben werden. Dieses nicht anerkennen, hieße dem neuen Gesetz eine unsinnige rückwirkende Kraft beilegen, — aber die politischen Rechte der Personen erlöschen mit dem Augenblicke der Rechtsgültigkeit des Gesetzes, welches sie aufhebt, und es kann Niemand begründeten Anspruch auf die Fortdauer eines solchen Rechts machen, wenn er nicht wenigstens sofort das alte Recht gemahet und dieser Verwahrung thatsächliche Folge zu geben den Einfluß oder die Macht gehabt hat.

Erfolgt es aber hinsichtlich der Rechte der alten Kreisstände in der ungeheuren Mehrzahl der Kreise, letzteres nirgends geschehen.

Daß die Staatsregierung selbst die Sache so angesehen hat, beweist schon der Umstand, daß sie die alten Kreisstände nicht hat in Thätigkeit bleiben lassen, sondern eine andere, interimistische Kreisvertretung an ihre Stelle gesetzt hat; während, wenn hier nicht ganz besondere Verhältnisse durch die Verfassung und die Gesetzgebung gebildet gewesen wären, es doch gewiß das Natürlichste und Richtige war, eine alte Einrichtung fortbestehen zu lassen, bis die zu ihrem Erfas bestimmte neue unmittelbar an ihre Stelle treten konnte.

Der jetzige Ministerpräsident, Herr von Manteuffel, hat auch jene Ansicht über die wirklich bestehende Aufhebung der alten Kreisstände in seinem bekannten Reskript vom 20. Juli 1850 an die reklamierenden Stände des Rhen Kreises sehr bestimmt und klar ausgesprochen, indem es dort heißt:

„Durch Art. 66 der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung sind alle Gesetze über die Kreis- und Provinzialstände aufgehoben und damit zugleich diese Stände selbst, deren Bestimmung sich in den aufgehobenen Gesetzen gründeten, außer Wirksamkeit getreten. Diese unmittelbare Folge des Art. 66 ist, da ein Zeitpunkt, bis zu welchem die Wirkung der darin enthaltenen Bestimmungen ausgeübt sein soll, in dem Gesetze nicht angegeben ist, mit der Publikation des Gesetzes eingetreten.“

Wenn in der Vorstellung vom 4. d. M. Gewicht darauf gelegt wird, daß wegen der Gültigkeit der bisherigen Gesetze und Verordnungen über die Gemeinde-Verfassung im § 156 der Gemeinde-Ordnung eine andere Bestimmung getroffen worden, so ist diese Auslegung zwar ganz richtig, es folgt aber daraus genau das Gegentheil dessen, was bewiesen werden soll, denn gerade der Umstand, daß im § 156 der Gemeindeordnung ausdrücklich angeordnet worden, daß

die alten Gesetze und Verordnungen über die Gemeindeverfassung erst von dem Zeitpunkte ab, mit welchem in den einzelnen Gemeinden die Einführung der neuen Gemeindeordnung beendet sein wird, außer Kraft treten sollen, wogegen im Art. 66 der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung eine ähnliche Fristbestimmung nicht enthalten ist, läßt keinen Zweifel darüber, daß es in der Absicht gelegen hat, in beiden Fällen Verschiedenes zu disponiren, und daß, sofern die Wirkungen aufgehobener Gesetze noch zeitweise fortauern sollen, dies auch ausdrücklich im Gesetze ausgesprochen sein muß.“

Der Herr Minister nahm also damals zwar die Befugnis in Anspruch, eine interimistische Kreisvertretung zu schaffen, aber er beschränkte selbst diese Befugnis innerhalb der Grenzen der Verfassung und der neuen Kreisordnung, indem er nur eine gewählte Vertretung einsetzte, und sich nicht berechtigt hielt, die alten Kreisstände fortwirken zu lassen.

Die Frage: ob der Minister des Innern durch die Artikel 67 und 73 der Kreisordnung vom 11. März 1850 befugt war, durch bloßes Ministerialreskript eine neue interimistische Kreisvertretung einzuführen (eine Frage, welche ich in meinem Antrage an die erste Kammer auf Legalisirung derselben und in den Verhandlungen darüber am 3. März vereinnend beantwortet habe), oder ob es dazu im Fall ihrer Dringlichkeit einer künftigen Verordnung nach Artikel 63 der Verfassungs-Urkunde bedurft hätte, oder ob dieselbe wenigstens nachträglich durch die Kammer zu legalisiren gewesen wäre, bedarf keiner weiteren Erörterung, denn nachdem alle Kreise die neue interimistische Kreisvertretung thatsächlich anerkannt haben, (es hat nur sehr wenig Reklamationen dagegen gegeben, welche alle beseitigt worden sind) nachdem die erste Kammer über den Antrag des Unterzeichneten, die betreffenden Paragraphen des Regulativs vom 3. Juni 1850 zum Gesetz zu erheben, zur Tagesordnung übergegangen ist, hat das ganze Land diese interimistische Kreisvertretung stillschweigend anerkannt, und sie ist ohne Zweifel als zu Recht bestehend zu betrachten, wenigstens ist aus naheliegenden, sehr wichtigen Gründen zu wünschen, daß ihre Rechtsbeständigkeit von Niemandem angefochten werde, denn damit würde die Rechtsbeständigkeit aller von ihr vollzogenen Handlungen in Zweifel gestellt werden.

Wenn nun aber neuerdings das Reskript des Ministeriums des Innern vom 15. Mai d. J. jener interimistischen Kreisvertretung die, ihr im § 1 des Regulativs vom 3. Juni 1850 ausdrücklich

„bis zur Verkündung der auf Grund der Kreisordnung vom 11. März v. J. neu zu bildenden Organe der Vertretung und Verwaltung (der Kreise), übertragenen Verordnungen der zukünftigen Kreisvertretung entgegen, und diese den gesetzlich aufgehobenen und untergegangenen alten Kreisständen übertragen will, so ist es meines Erachtens wohl Pflicht dieser sowohl, als der bisher in Wirksamkeit befindlichen interimistischen Kreisvertretung, und im Interesse der durch sie vertretenen Bevölkerung des Kreises die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen außerordentlichen Maßregel, wozu ihre freie Mitwirkung verlangt wird, ins Auge zu fassen.“

Ich glaube nun:

1. Der Minister des Innern ist nicht befugt, eine so wichtige von seinem Vorgänger gemachte Einrichtung, wie die interimistische Kreisvertretung, welche von den Kammern und dem Lande wenigstens stillschweigend anerkannt ist, einseitig aufzuheben, es ist dann wenigstens die interimistisch bestehende Kreisvertretung berechtigt, gegen einen solchen Schritt des Ministers bei dem gesammten Staatsministerium zu remonstriren, oder bei Sr. Majestät dem Könige zu petitioniren, und daß sie dazu, wegen der großen Bedenken, welche eine solche Veränderung erregt, verpflichtet ist. Wollte man dagegen anführen: was ein einzelnes Ministerium angeordnet hat, kann es auch wieder aufheben, — so ist dieser Satz in seiner Allgemeinheit durchaus unrichtig, und muß im Prinzip bestritten werden, am allerwenigsten aber auf die Uebertragung der Vertretung einer Korporation anwendbar, welche doch immer einen freiwilligen Akt seitens der Vertreter der Korporation, und seitens dieser selbst involviret. Noch weniger als die Wähler einem für eine bestimmte Zeitfrist gewählten Vertreter das Mandat vor Ablauf desselben wieder entziehen können, kann ein Minister eine bis zu einem bestimmten Zeitpunkt übertragene Vertretung einer Korporation einseitig wieder aufheben. — Eine solche Vertretung ist kein einseitig übertragenes künftiges Amt. — Aus jener Auffassung würde in dem vorliegenden Falle folgen, daß, so lange die neue Kreisordnung noch nicht ausgeführt ist, — was voraussichtlich noch sehr lange dauern dürfte — jeder Minister des Innern, nach seiner Willkür, durch ein einfaches Ministerial-Reskript eine neue Vertretung der Kreise, der wichtigsten Korporationen des Landes, einführen könnte; denn nach dem vorliegenden Reskript sollen die alten Kreisstände jetzt wieder in Wirksamkeit treten, nicht durch königliche Verordnung und Kraft ihres alten Rechts, sondern lediglich auf Grund eines Ministerial-Reskripts. — Es bedarf auf Grund eines Ministerial-Reskripts, zu welchen Verwirrungen eine solche keine weitere Entwicklung, zu welchen Verwirrungen eine solche Praxis führen müßte, wie unsicher dadurch der Rechtsboden der ganzen Kreisvertretung und aller ihrer Akte werden würde.

2. Eine abermalige, interimistische Veränderung der Kreisvertretung würde für alle Stände des Kreises, ja für das ganze Land von unberechenbarem Nachtheil sein. Die gegenwärtige Vertretung ist nun einmal anerkannt. Sie hat auf Grund ihres Mandats im Grunde der Zeit wichtige Maßregeln ausgeführt, und Verpflichtungen übernommen, von denen es sogar in einzelnen Fällen zweifelhaft sein kann, ob die alten Kreisstände, wenn sie wieder ins Leben treten, sie anerkennen werden. Welche Verwirrung würde entstehen, wenn dieses nicht geschehen sollte.

3. Durch die neue interimistische Kreisvertretung ist dem Stände der Städte sowohl als dem Stände der Landgemeinden eine gleich starke Vertretung wie dem bisherigen Ritterstande gewährt. Es würde mit Recht die größte Verleumdung in jenen beiden Ständen, — welche dem Staate jeder für sich eine größere Summe von Soldaten, von Beamten, von Steuern und andern materiellen Mitteln darbieten, als die Ritterchaft, — hervorrufen, wenn man ihnen jetzt, wenn auch nur unter der Begünstigungsformel „interimistisch“ jene gleich starke Vertretung wieder entzöge, und sie dafür in fast allen Fällen unter eine Majorität stelte, welche nur aus dem Stände der Rittergutsbesitzer besteht; es würde dies um so mehr,



der Fall sein, als diese Maßregel handgreiflich nur als eine gelegene Brücke zu einer dauernden Rückkehr zum Alten, zu einer gründlichen Reaktion erscheint; denn jeder fühlt, daß man ohne einen solchen höheren Zweck das Wagnis nicht unternehmen würde. Die angeordnete Rückkehr zu den alten Kreisständen ist aber um so bedenklicher, für den zweiten und dritten Stand, als das Ministerial-Reskript vom 15. d., zwar nicht den alten Kreisständen die alten aus den Gesetzen resp. vom 25. März 1841, 7. Januar und 22. Juni 1842, und 9. April 1846 stehenden Rechte, „Ausgaben zu beschließen“, und die Kreisstände dadurch zu verpflichten, wieder verleiht, welche durch das Gesetz vom 24. Juli 1848 ausdrücklich aufgehoben sind, aber ihnen die viel weiter gehenden Befugnisse der Artikel 10 bis 14 der Kreisordnung vom 11. März 1850 zuweist, welche in diesem Gesetze nur auf Grund der Existenz einer auf gerechteren Grundlagen und nicht auf bevorzugter Stellung eines einzelnen Standes beruhenden Kreisvertretung verleiht worden sind. Es ist dieses um so bedenklicher, als das Ministerial-Reskript vom 15. Mai d. J. die alten Gesetze und Verordnungen über die Kreisstände nicht einmal für deren Geschäftstätigkeit und Wirksamkeit wieder herstellt, (was es freilich auch nicht dürfte, ohne geradezu mit dem klaren Buchstaben der Verfassung und der Gesetze in Widerspruch zu geraten) der Bürger- und Bauernstand also sogar aus des Schutzes gegen eine überwiegende Majorität der Ritterschaft entbehren würde, welche ihm die alte kreisständische Gesetzgebung, durch die erforderliche Majorität von  $\frac{2}{3}$ , und die itio in partes, in gewissen Fällen gewährte, denn die Verfügung vom 15. Mai sagt ausdrücklich:

„daß den alten Kreisständen die anderweitige interimistische Kreisvertretung mit denjenigen Aufgaben zu überlassen resp. zu übertragen sei, welche durch den Übergang von den Kreisverfassungen und deren Zusammenfassung als interimistische Kreisvertretungen nach dem Regulativ vom 3. Juni 1850 an die Hand gegeben werden.“

Weiter unten heißt es ebenfalls:

„Allen Kreisständen, welchen die einstweilige Kreisvertretung, an Stelle der in § 1 des Regulativs vom 3. Juni v. J. bezeichneten Kreisverfassungen, übrigen aber nach Maßgabe dieses Regulativs zufallen würden.“

und ferner noch weiter unten:

„ertheile ich hiermit den königl. Oberpräsidenten die Ermächtigung, den bisherigen Kreisständen, unter den ebengedachten Maßgaben, die einstweilige Kreisvertretung unter vorläufiger Ausübung der Befugnisse der Kreisversammlungen (Art. 10—14 der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vom 11. März 1850) übrigen nach Anleitung des Regulativs vom 3. Juni v. J., anstatt der in § 1 desselben bezeichneten Kommissionen zu übertragen.“

Der § 4 des Regulativs vom 3. Juni 1850 enthält nun aber die Bestimmung:

„In Bezug auf die Fassung der Beschlüsse der einstweiligen Kreisvertretung kommt der Artikel 18 (der Art. B. u. P. D.) zur Anwendung.“

Dieser Artikel 18 bestimmt unter andern:

„Daß zur Fassung eines Beschlusses die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder und die absolute Majorität der Anwesenden erforderlich ist.“

Es ist daher unzweifelhaft, daß, wenn das vorliegende Ministerial-Reskript vom 15. Mai d. J. erst ins Leben getreten ist, in einem Kreise, in welchem 6 Vertreter der Städte, 6 Vertreter der Landgemeinden und 13 Rittergutsbesitzer vorhanden sind, in allen Fällen, wo die beiden letzteren Stände protestieren, die 13 Rittergutsbesitzer allein beschließen können, mögen jene sich nun an der Versammlung betheiligen, oder nicht, ja daß, wenn jene beiden Stände etwa gar nicht erscheinen sollten, von den 13 erschienenen Rittergutsbesitzern schon 7 allein die Entscheidung in Händen haben.

Es wird aber, nach einem Passus in alinea 4 des Ministerial-Reskripts vom 15. Mai d. J., wo es heißt:

„Sodann darf aber überhaupt die bisherige Zahl der Vertreter der Städte und Landgemeinden auf dem Kreistage nicht dergestalt vermindert werden, daß durch diese beiden Kategorien zusammen, die Zahl der Rittergutsbesitzer auf dem Kreistage überwiegen würde.“

in allen Kreisen die Zahl der Rittergutsbesitzer auf dem Kreistage die überwiegende sein.

Die Verfügung des Ministers geht also in ihrer Tendenz unstrittig weiter, als die, auf Veranlassung des bekannten Denzinger-Interpellations-Antrages der 66 in der ersten Kammer, von deren Kommission gemachten Vorschläge, indem jene unbedingt den Rittergutsbesitzern, diese doch nur den 24 (respektive mehr oder weniger) höchstbesteuerten Grundbesitzern des Kreises, also möglicherweise auch Bürgern und Bauern, die Wahl der Hälfte der Kreisvertretung, also die Bildung der Majorität der Kreisversammlung gestatten will.

Die gefährlichen Folgen auch nur der interimistischen Bildung einer solchen reaktionären Einrichtung für alle Theile bedarf hier wohl keiner weiteren Auseinandersetzung.

4) Ist wenigstens im Strehlenkreise das Bedürfnis einer Abänderung der bisherigen interimistischen Kreisvertretung nicht herabzusetzen; vielmehr hat dieselbe in den schwierigsten Zeiten des letzten Winters, während der Mobilmachung u. allen Anforderungen vollkommen genügt. Auch hat sich hier keineswegs in der letzten Versammlung des alten Kreistages ein Widerspruch gegen die Einrichtung der neuen interimistischen Kreisvertretung erhoben, vielmehr sind die Wahlen zu der letzten von jenem einmütig vollzogen worden. Es ist zu befürchten, daß eine Veränderung nur den Samen des Unfriedens im Kreise ausstreuen würde.

5) Endlich halte ich die Wiederherstellung des alten Kreistages auf dem intendierten Wege, wegen des darin liegenden Unrechtes und wegen der daraus notwendig entstehenden Missstimmung in den beiden andern Ständen, sowie der wahrheitsgemäßen Gebitterung derselben gegen den Rittersstand, auch im Interesse des letzteren selbst für nicht klug, für nicht politisch und höchst nachtheilig und gefährlich. Wird die Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit einer ganzen oder theilweisen Herstellung der früheren Vorrechte der Ritterschaft im Interesse des Staates allgemein anerkannt, so mag sie offen und ehrlich auf verfassungsmäßigem Wege angebahnt und eingeführt werden, nicht durch die Hintertüre eines scheinbaren, durch Ministerialbefehl hergestellten Interimismus. Eine auf diesem Wege erzielte Herstellung alter ehrwürdiger, aber verlorener Rechte scheint mir des wahren Ehrens- und Edelmannes unwürdig. Eine Maßregel, wie die vorliegende, würde aber nur den eben geschlossenen, mit großen Opfern wiedergewonnenen Frieden zwischen den alten Ständen von neuem bedrohen, ohne irgend jemand einen realen Nutzen zu schaffen. Eintracht im Lande zu erhalten und zu kräftigen, dazu muß jedes jeden wahren Patrioten Streben um so mehr gerichtet sein, je mehr Preußens Ansehen im In- und Auslande in letzter Zeit erschüttert worden ist.

Ich trage deshalb darauf an:

Die Verfassung möge beschließen:

1) Die Beibehaltung der bisherigen interimistischen Kreisvertretung bei dem künftigen Ministerium zu beschränken;

2) eine Petition in demselben Sinne an Se. Majestät den König zu richten.

Ich muß, was mich selbst betrifft, noch die Erklärung hinzufügen, daß ich an der Wiederherstellung des alten Kreistages, auf dem zuerst eingeschlagenen, nach meiner Ueberzeugung nicht

verfassungsmäßigen Wege mich nicht würde betheiligen können, weil ich es mit meinem Eide auf die Verfassung nicht vereinbarlich finde, ein durch dieselbe aufgehobenes Recht wieder auszuüben, ohne dazu durch eine verfassungsmäßig berechnete Autorität ermächtigt zu sein.

Der erste Antrag wurde nach einer lebhaften Debatte mit 16 gegen 7 Stimmen angenommen. Für denselben stimmten 10 Rittergutsbesitzer, die 3 Vertreter der Städte und die 3 Vertreter der Landgemeinden des alten Kreistages. Ueber den zweiten Antrag kam es nicht zu einer weiteren Verhandlung, indem ich, nach dem Erfolg des ersten, ihn nicht mehr für nöthig hielt. Dörfel bei Grottkau, den 31. Mai 1851.

E. Fhr. v. Vincke.

## Preußen.

**Berlin, 1. Juni.** Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Professor Rauch zu Berlin den Stern zum rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, sowie dem Kunstgärtner Friebe, dem Steinmetzmeister Müller und dem Hof-Schmiedemeister Parow zu Berlin den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen.

Ihre kaiserlichen Hohheiten die Großfürsten Michael und Nikolaus von Rußland sind von Warschau und Ihre königl. Hohheiten der Prinz und die Prinzessin Friedrich der Niederlande aus dem Haag hier eingetroffen.

**Berlin, 1. Juni.** [Die Friedrichsfeier.] Die Zeitungen sind heute noch voll von Schilderungen, die gestrige Feier betreffend. Zur Ergänzung des gestrigen, durch den Pr. St. A. gebrachten Berichtes diene noch Folgendes:

Nach der Rede des Herrn Minister-Präsidenten gab der König ein Zeichen und die Sonne, die unverhüllt über dem Plage hing, bligte auf das majestätische Ehrendenkmal des Helden und des Künstlers, der den Helden so zu freien vermocht hat. Dem Programm gemäß fielen in diesem Augenblicke die Musikchöre mit dem Hohenfriedberger Marsch ein; für die Zuhörer war, wie an jenem Tage für die Sieger, die berühmte Melodie von Wind und Kanonendonner begabten. Während die Geschütze auf dem Lustgarten gelöst wurden, sprach der König zur Erweiterung Einiges, von dem leider nur abgerissene Worte zu den Tribunen hinüberdrangen. Der König ritt sodann zu dem Meister des Denkmals heran, überreichte diesem ein Breve und unterbreitete sich mit mehreren der Anwesenden, namentlich mit den Veteranen, unter denen ein Beifallsruf Hufar von äußerst munterem Wesen sich viele Freunde im Publikum erwarb. Dann in die Mitte des Raumes vor der Universität zurückkehrend, sprach Se. Majestät zu den Kommunalbehörden von Berlin etwa Folgendes:

„Ich wende mich an siebsten zuerst zu den Vertretern der Stadt Berlin, um ihnen von ganzem Herzen Glück zu wünschen zu einer so schönen und neuen Bieder der Stadt. Es fällt mir hierbei die Sitte der alten Völker ein, die an solchen Orten, wo es ihnen ganz besonders wohl erging, ein Wahrzeichen errichteten; ein solches Wahrzeichen, meine Herren, sei das Denkmal zunächst. Aber, meine Herren, es sei auch noch etwas Anderes, und das es das sei, darum bitte ich Gott inständigst: nämlich für Alle ein Zeichen der Versöhnung und für Viele ein Zeichen zur Umkehr.“

Ober-Bürgermeister Krausnick antwortete hierauf:

„Im Namen der Stadt Berlin sage ich Ew. Majestät für die der Stadt durch Errichtung dieses Denkmals huldreich verliehene neue Bieder den Bewohnern des Doms. Es darf Ew. Majestät versichern, daß das jetzige Geschlecht eine Anregung in diesem neuen Denkmal finden wird, den Ruhm, welchen große Männer vor 400 Jahren zu gründen begannen, verherlichen und pflegen zu helfen. Ich versichere Ew. Majestät aber zu gleicher Zeit auch ehrsüchtig, daß die Liebe zum Königsstuhle heute keine geringere ist, als in damaliger Zeit und versichere auch gerne, daß diese Liebe zum Segen des Vaterlandes stets wachsen wird.“ — Der König setzte hinzu: das gebe Gott!

Es war auch eine hundertjährige Frau aus Schlesien hergekommen, welche unter Friedrich dem Großen bei einem preussischen Regimente Marktenberin war. Dieselbe befindet sich noch ganz rüstig und bewegt sich auf der Straße, geführt von einer jüngeren Frau, noch munter herum.

(E. J.) Die vielbesprochene Demonstration von Gewerbetreibenden und Arbeitern am gestrigen Tage nach dem Friedrichshain hat nicht stattgefunden; sie hat sich, wofür wir das Gerücht von Anfang an hielten, als eine leere Befürchtung ergeben, erfunden von Märggagern und Böswilligen. Das Polizeipräsidium hatte sich in Folge dieser Gerüchte veranlaßt gesehen, Maßregeln gegen eine etwaige Demonstration zu treffen, die darin bestanden, daß der Friedrichshain, sowie die Zugänge zu demselben, durch eine Abtheilung von 80 Schutzmännern unter dem Kommando des Leutenants Freyberg vom frühen Morgen an besetzt wurden, welche den gemäßigten Befehl hatten, Niemanden herein zu lassen. Diese Maßregel zeigte sich, bis zum Nachmittage wenigstens, für vollständig überflüssig, da sich kein Mensch blicken ließ, und die Passage vor dem Landberger Thor noch weniger belebt war als an anderen Tagen. So bisqualit denn die nicht auf Posten stehenden Schutzmänner höchst gemüthlich auf einer üppigen Wiese. — Die Besetzung des Friedrichshains währte bis Abends 10 Uhr. — Was die polizeilichen Anordnungen innerhalb der Stadt betrifft, namentlich in den Gegenden, welche von der Feier zunächst berührt wurden, so war den Beamten die bestimmte Weisung zugegangen, sich dem Publikum gegenüber höchst schonungsvoll zu benehmen, um jede Reibung zu verhüten. Der Polizeipräsident v. Hinkeldey traf in der Gegend des Zeughauses selbst Anordnungen zu Gunsten des Publikums. Derselbe war zu Pferde, ihm folgte eine verborbene Suite, bestehend aus dem Polizeibefehlshaber v. Post, dem Hauptmann Pagge, dem Branddirektor Seckel u. a. m. Zu dem gewöhnlichen Straßenpolizeidienste waren für den gestrigen Tag Mannschaften der Feuerwehre herangezogen worden.

(Pr. J.) Den würdigen Schluss des gestrigen Tages machte die großartige Illumination unserer Stadt. Ein schöner Abend schloß jedoch den Beginn derselben bis in die neunte Stunde hinaus. Um diese Zeit aber entfalteten sich die erleuchteten Häuser mit großer Schnelligkeit. Die Lampen brannten, da sich der Wind, welcher am Tage geweht, fast gänzlich gelegt hatte, ruhig fort. Sowohl reich als arm suchte sich zu überbieten und sahe man namentlich das Bildnis des großen Königs Friedrich II. im Verein mit dem unsern jetzt regierenden Königs in den verschiedensten Arten aufgestellt. Unter den Gebäuden, welche sich besonders durch Glanz auszeichneten, bemerkten wir das Palais Sr. königlichen Hohheit des Prinzen von Preußen und der übrigen königlichen Prinzen, so wie die Hotels der Staatsminister, die Gesandtschafts-Hotels und die beiden städtischen Rathhäuser. Einen außerordentlichen Eindruck machte die Beleuchtung des

\*) Wie die Pr. J. meldet, verließ Se. M. der König auf dem Festplatze dem Prof. Rauch eigenhändig einen hohen Orden und drei auf dem gestrigen Tag in Gold, Silber und Kupfer geprägte Denkmünzen mit einem herrlichen Händedruck. — Die philosophische Fakultät der hiesigen Universität hat dem Professor Rauch, dem Schöpfer des Friedrichsdenkmals, nach dessen Enthüllung, durch ihren Dekan, Professor Dove, gestern das Ehrendoktorat überreicht lassen.

Standbildes Friedrich II. selbst, welches von allen Seiten mit durch Gas gespeisten Kandelabern umgeben war. Verschiedenen Straßenlaternen, namentlich in der Nähe des Standbildes, waren die gewöhnlichen Brenner abgenommen und dagegen größere, ausgedehnter aufgesetzt worden. Das Haus der Gebrüder Gerson zeichnete sich wieder besonders durch brillante Beleuchtung aus.

Das königl. Museum war ebenfalls illuminiert und zwar so, daß die vorderen Säulen, auf der Rückseite erleuchtet, das Licht auf die schönen Freskogemälde warfen. Der Schlossplatz und der Wilhelmplatz strahlten von vielen Lichtern. Unter den Linden herrschte namentlich ein reges Leben. Sowohl die Privathäuser als die Hotels hatten alles aufgeboten, sich zu überbieten. Wie am Vormittage, so auch am Abend, war ganz Berlin auf den Beinen, und hatten namentlich diejenigen, welche das Schauspiel zu Wagen ansehen wollten, viel zu kämpfen.

**C. B. Berlin, 1. Juni.** [Zur Tageschronik.] Heute früh 4 Uhr sind die Großfürsten Michael und Nikolaus hier eingetroffen. Dieselben begaben sich gleich nach Potsdam. Hier findet um 3 Uhr Familientafel statt. Morgen werden sämtliche militärische Deputationen zur Tafel gezogen werden.

Die Zahl der Fremden, die das gestrige Fest hierher gezogen hat, ist begreiflicher Weise eine sehr bedeutende. Der starke Fremdenbesuch ist den Gesandtschaften um so günstiger, als die meisten Mitglieder von Deputationen mit Familie hierher gereist sind und sich mehrere Tage hier aufhalten.

Der frühere Redakteur der Deutschen Reform Dr. Döberberg hat sich vor einiger Zeit nach Wien begeben. Wie das Gerücht erzählt, befände sich derselbe in der österreichischen Hauptstadt als Begleiter eines diplomatischen Agenten. — Für die Auffassung der Wichtigkeit der Dmüger Konferenzen möchte der Umstand von großem Gewicht sein, daß Frankreich und England Schritte gethan haben, um sich an diesen Konferenzen zu betheiligen.

**Berlin, 30. Mai.** [Ueber den gegenwärtigen Stand der handelspolitischen Frage.] Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß trotz der vielfachen Diskussionen, welche in den letzten Jahrzehnten über die handelspolitische Frage stattgefunden haben, sehr Viele, welche sich berufen glauben, darüber ein Urtheil zu fällen, noch nicht einmal zu einem klaren Bewußtsein gelangt sind, worum es sich eigentlich handelt.

Es gab eine Zeit, wo die Handelspolitik der Staaten lediglich darauf gerichtet war, soviel als möglich zu verkaufen, und so wenig als möglich zu kaufen. Man wollte das Geld im Lande behalten und meinte, dadurch eine günstige Handelsbilanz zu erzielen. Die neueren Forschungen in der politischen Ökonomie haben aber überzeugend dargelegt, daß der Besitz der elben Metalle allein ein Volk nicht glücklich machen könne, wenn es diese Metalle nicht benutzen dürfe, um dafür die Gegenstände des Gebrauchs und der Bequemlichkeit zu kaufen, daß man nur in dem Maße an andere Völker verkaufen könne, als man bereit sei das für andere gleichwerthe Verbrauchsgüter von ihnen einzukaufen. Dies sind einfache Wahrheiten, welche jetzt zu dem A B C der Nationalökonomie gerechnet werden dürfen, welche Niemand bestreiten kann und in der That auch Niemand bestreitet. Ein Hauptmangel der Freihändler um jeden Preis besteht aber darin, die Meinung zu verbreiten, daß jene alten Freihändler noch immer umschiffen, daß sie es vorzuziehen find, welche die Einführung der allgemeinen Handelsfreiheit verhindern, und indem sie, jedes Mal wo es ihnen bequem ist, das Mercantilsystem den nationalen Bestrebungen in der Handelspolitik unbedeckt unterwerfen, suchen sie durch dies Taschenspielerstückchen Eins durch das Andere in Verwirrung zu bringen.

In Wahrheit aber ist der Streit, ob Schutzzoll ob Freihandel, gar nicht ein Streit um der oben erwähnten, längst abgethanen Sätze der politischen Ökonomie, sondern um die ganz praktische Frage, ob, nachdem die Zollschranken so lange bestanden, nachdem sie dem Handelsverkehr und der industriellen Arbeit eine Richtung gegeben haben, welche auf den ganzen Reich unserer volkswirtschaftlichen Zustände eingewirkt hat, nachdem sehr bedeutende Kapitalien auf Industriezweige verwandt worden sind, welche durch eine plötzliche Veränderung zu Grunde gehen würden, es zulässig ist, die Zölle abzuschießen oder so weit herabzusetzen, daß sie ihren Zweck nicht mehr erfüllen; zweitens, ob es heilsam sei, die Zollschranken eines Staates aufzuheben, während sie in keinem anderen ganz aufgehoben sind, in den meisten aber ungemindert fortdauern, ob es ratsam sei, den überall eifrig nach Absatz suchenden Fabrikanten die Schleusen zu öffnen, und unsere Industrie in der hereinbrechenden Ueberschwemmung untergehen zu lassen, um dann nach dem Rathe der Freihändler für sichere Verluste im Handel und Ackerbau eine mehr als problematische Entschädigung zu suchen; drittens, ob die Gewerbetreibenden des Kontinents durch die Ereignisse der letzten hundert Jahre nicht in einen so abnormen Zustand versetzt worden sind, daß jetzt am allerwenigsten der geeignete Zeitpunkt gekommen sein möchte, die allgemeine Handelsfreiheit ins Leben zu rufen.

Doch statt diese praktischen Fragen gründlich und besonnen mit uns zu prüfen, beharren die Freihändler hartnäckig bei ihren Deklamationen über die Heilsamkeit einer allgemeinen Handelsfreiheit, ohne daß auch nur die geringste Aussicht auf einer übereinstimmenden Aufhebung der Zollschranken in den europäischen Staaten vorhanden wäre. Man sollte meinen, daß die ewige Wiederholung derselben theoretischen Sätze den Deutschen endlich zum Ueberdruß werden müßte. Der Freihändler aber handelt nicht unüberlegt; er weiß, daß er gerade durch diese Taktik die schwache Seite des Deutschen Charakters trifft. Wenn bei uns eine Theorie die Gefahren der Geburt glücklich überstanden hat, so glauben Viele unter uns Deutschen, daß es nichts Eiligeres gebe, als die Welt sofort danach zu konstruieren, und so schweben wir in der steten Gefahr, daß Deutschland in kosmopolitische Ennüstung über den Krieg der Zollsysteme sich dem Gegner bloßstelle, welcher das Schwert noch gezückt hält, und das nationale Interesse einer idealen Schwärmer opfert, zu deren baldiger Verwirklichung dormalen nicht die mindeste Hoffnung vorhanden ist, weil doch einer den Anfang machen müßte! Auch wir erkennen, daß die Weltgeschichte ein, wie auch immer geförder, doch unaufhaltsamer Fortschritt in der Befreiung zur Freiheit ist, auch wir glauben wie der Freihändler um jeden Preis an die Zukunft des freien Handels; doch die Erfahrung hat uns gelehrt, daß es Nichts hilft die Freiheit zu deklarieren, wenn sie, mit allen bestehenden Verhältnissen in Widerspruch, nur zerstörend wirkt, daß derjenige am meisten für dieselbe thut, welcher sie vorzubereiten und möglich zu machen sucht. Sorgen wir dafür, daß unsere Industrie, wenn nicht in allen, doch in den meisten Zweigen sich zur Konkurrenzfähigkeit mit den am weitesten vorgeschrittenen Staaten des Auslandes erhebe, zu welcher hin sie unter dem Systeme des Zollvereins selbst nach dem Geständnis der Freihändler so bedeutende Schritte gethan hat, befähigen wir sie vor dem unaufheblichen über ihr schwebenden Damoklesschwert, eines Systemwechsels, wodurch der industrielle Unternehmungsgeist gestört, und jede sichere Berechnung verhindert wird, hören wir auf, sie durch die stete Versicherung zu entmuthigen, daß Deutschland das alte Industrie- und Handelsland sei, welches ehemals freie Reichthümer einer älteren gewerblichen Verblüthung zuehete, als sämtlichen Fabrikanten Englands, nur einen sehr beschränkten industriellen Beruf habe, dann haben wir das Beste für die Handelsfreiheit gethan, wir haben für die den einstige Möglichkeit derselben gewirkt, wir haben ihr den Boden geebnet. Wenn die Freihändler uns die neueste Handelspolitik Englands zur Nachfolge empfehlen, so bemerken wir ihnen, daß gerade dieses Land uns ein leuchtendes Beispiel giebt, wie man die Freiheit des Handels herbeiführen müsse. Großbritannien ist die Wiege der Freihandelslehre; was uns die Freihändler tagtäglich

sich mit lauter Pathos vordekklamieren, das hat A. Smith schon im Wesentlichen ausgesprochen. Großbritanniens hat sich aber wohl gehütet, die Theorie ohne Weiteres zu verwirklichen, es hat die unbeschränkte Freiheit des Kaufens, welche die Freihandelslehre fordert, nicht allzu hoch geschätzt, so lange das Vermögen zu verkaufen, ohne welches alle Freiheit des Kaufens unnütz ist, nicht durch die Befestigung der einheimischen Industrie sicher gestellt war; es hat vielleicht zu lange damit gewartet, da die Ueberlegenheit der englischen Industrie über die des Kontinents schon längst nicht mehr bezweifelt werden konnte. In der Verfassungspolitik der Staaten mag die Freiheit an und für sich, einen von der Wirkung, die sie auf den sozialen Organismus hervorbringt, von den materiellen Vortheilen, die sie dem Einzelnen gewährt, unabhängigen Werth besitzen; auf dem Gebiete der materiellen Güter, wo es sich um Existenzfragen handelt, hat die Freiheit nur Werth durch die praktische Wirkung, welche sie hervorbringt durch den Wohlstand, den sie erzeugt; eine Freiheit, die mit der Vernichtung bedeutender Kapitalien und der Nahrungslosigkeit von Tausenden beginnen würde, widersteht sich selbst und ihren eigenen Zwecken.

**Düsseldorf, 31. Mai.** [Friedrichsfeier.] Unsere Garnison (5. Ulanen-Regiment, 3 Schwadronen des 11. Infanterie-Regiments, 7 Jäger-Abtheilung und Füsilier-Parabollon des 17. Infanterie-Regiments) beging heute früh 10 Uhr die Einweihung des Friedrichsdenkmals durch eine große Parade. Die Truppen besetzten vor Sr. Excellenz dem Generalleutnant Schliebus, Kommandeur der 14. Division. (Gelegentlich der heutigen Feier erhielt der südtliche Stadttheil den Namen Friedrichsstadt.) (Düsseldorf, 3.)

**Köln, 29. Mai.** [Politische Frühlings.] Heute früh suchte man hier einen politischen Frühlings, der die Feldzüge in Baden mitmachte, fand denselben aber nicht. Den Bruder des verhafteten Rösler, ehemaligen Präsidenten des Arbeiter-Bildungs-Vereins, fand und verhaftete man zu Hause, nachdem eine Hausuntersuchung angestellt worden war. Außerdem suchte man in noch einer Wohnung nach Papieren. (Köln, 3.)

## Deutschland.

**Frankfurt, 29. Mai.** [Bundestag.] Statt des von hier abgereisten königl. preuß. Mitglieds der Bundeszentral-Kommission, Herrn Grafen v. d. Goltz, ist Herr v. Mühlbach für die vorausichtlich wohl nur noch kurze Zeit ihres Bestehens zum Protokollführer dieser Behörde ernannt worden. Die Sitzungen des Bundestages werden nun, nachdem fast alle Mitglieder eingetroffen sind, häufiger und lebhafter werden, da sehr wichtige Vorfragen auf den ersten Tagesordnungen stehen dürften. (F. 3.)

**Frankfurt, 30. Mai.** [Bundestag.] In der heute um halb 1 Uhr Nachmittags eröffneten Sitzung des durchlauchtigsten Bundestages waren anwesend: der k. k. österreichische Bundespräsidialgesandte Herr Graf v. Thun und Hohenstein für Österreich, der k. preussische Generalleutnant Herr Baron v. Roschow für Preußen, Herr General v. Knapstein für Bayern, Herr v. Rositz und Fankendorff für Sachsen, Herr v. Scheele für Hannover, Herr v. Reinhard für Württemberg, Herr v. Marschall für Baden, Herr v. Ertz für Kurhessen, Herr v. Münch-Bellinghausen für das Großherzogthum Hessen, Herr v. Bülow für Holstein und Lauenburg, Herr v. Scherff für Pommern und Rügen, Herr v. Frisch für die sächsisch-thüringischen Staaten, Herr v. Dungen für Nassau und Braunschweig, Herr v. Deres für die beiden Mecklenburge, Herr v. Eisenacher für Oldenburg und die kleinen norddeutschen Fürstenthümer, Herr v. Lind für Lichtenstein, Herr Baron v. Holzhausen für Hessen-Homburg u. Herr Schöff Dr. Harnier für Frankfurt, Herr Senator Banks für Hamburg, Herr Bürgermeister Dehner für Lübeck und Herr Bürgermeister Schmidt für Bremen. (F. 3.)

**Karlsruhe, 28. Mai.** [Kriegerisches.] Mit einem Male werden die Kriegsaussichten wieder drohender, bringt die im benachbarten Frankreich sich kundgebende Gährung auch wieder den deutschen Landen eigenthümliche Besorgnisse. Wie verläutet, soll die Rheinflinie wieder in Bälle stärker mit Truppen besetzt werden, um einem allenfallsigen Einfälle gleich begegnen zu können und auf alle Ereignisse gefaßt zu sein. Man glaubt, daß gegenwärtig in Warschau die politischen Maßregeln festgesetzt werden dürften, gemäß welchen gehandelt und eingefahren wird, wenn Handlung und Einschreiten notwendig sein sollten. (Eberf. 3.)

**Nassau, 27. Mai.** [Die Gerüchte.] von einer baldigen größeren Truppen-Aufstellung am Rheine tauchen auf Neue auf: wie es scheint, im Zusammenhang der jüngsten Besprechungen der Monarchen Preußens, Österreichs und Russlands. Die badische Befragung macht in Folge höherer Anordnung, wohl zur Ausbildung der Marschfähigkeit der Soldaten, nun öfters Patrouillengänge durch die Rheinebene von der Dauer eines gewöhnlichen Tagmarfches. (E. M.)

**Witten, 28. Mai.** [Militärisches.] Vorigen Sonntag traf, aus dem benachbarten Böhmen kommend, ein Detachement österreichischer Militärs hier ein, welches eine Ladung von 60 Sentimen Pulver und 6 Stück Kanonen nach Schleswig-Holstein zu eskortieren beauftragt war. Die Truppe machte hier Montag und setzte am folgenden Morgen früh 6 Uhr mit ihrer Ladung den Weg nach Budissin fort. (W. 3.)

**Samburg, 30. Mai.** [Der „Erfst August.“] welcher am Mittwoch nach Bremerhaven zurückgekehrt ist, hat kaum die Hälfte der Matrosen hier angeworben, die er ursprünglich anwerben wollte, weil es in diesem Augenblicke hier an tüchtigen Seeleuten fehlt. (Pr. 3.)

**Altona, 30. Mai.** Von einer Ueberfiedlung des österreichischen Generalkommandos nach Hamburg scheint man wieder zurück gekommen zu sein, da Herr v. Legebitz das Haus des Syndikus Prehn, des gegenwärtigen Departementschefs der Finanzen, in Miete zu nehmen wünscht. Wie das Gerücht geht, wird der Feldmarschallleutnant v. Legebitz, nebst einigen Generalen und höheren Offizieren zum 3. Juni nach Hannover reisen, um dem Könige von Hannover zu dessen achtzigster Geburtstag einen persönlichen Glückwunsch darzubringen. — Reisende aus Kiel berichten, soll mit der Reorganisation des preussischen Bundeskontingents bereits begonnen worden sein. (Pr. 3.)

**Kopenhagen, 30. Mai.** Flyveposten sagt, daß die russische Note nur Anfragen über die schleswigschen Zustände enthalte und Minister Neesb zur Beantwortung derselben nach Warschau gefandt sei.

## Oesterreich.

**Wien, 31. Mai.** [Ein Ministerial-Erlass.] Selbstmord. — Verarmung. Ein ministerieller Erlass, wodurch in Betreff der schriftlichen Beschwerdeführung provisorische Normen aufgestellt werden, ist nicht ohne Bedeutung, weil hierdurch der freien Äußerung in Verwaltungssachen ziemlich enge Grenzen gezogen sind. Beleidigende Äußerungen können mit einer Geldbusse von 50 Fl. bestraft werden und zwar im gewöhnlichen Disziplinarwege, ohne richterliche Einmischung, und zum Schutz des Beizichtigten ist nur die Vorkehr getroffen, daß diese Geldstrafe stets nur von der höhern Stelle, als die sich der Beizichtige befindet, verhängt werden kann. Es ist bei der großen Stillschätzung des vagen Begriffs von Unschuldbeleidigung wohl festzuhalten, daß dieses provisorische Gesetz für das rechtswissenschaftliche Publikum ein großer Demmischuß sein muß, zumal die richterliche Anklage wegen Unschuldbeleidigung bei uns nicht stattfindet. — Ein Soldat des hier garnisontirenden k. k. Infanterie-Regiments 3. Jäger-Abtheilung



von Warschau hat sich auf seinem Posten bei der Wagenkeme des Postkuts in der Vorstadt Weißgerber durch einen Schlag in den Kopf selbst entsetzt. Der Unglückliche heißt Albert Kovacs und war ein ins Militär eingetragener ehemaliger Honvédoffizier, der die Last des Weisheitschicks nicht länger zu tragen vermochte. Er soll im Jahre 1848 Juraat gewesen sein und aus einem guten Hause stammen. — Die jüngst in englischen Blättern enthaltenen Schilderungen über das Elend, in das der österr. Adel in Folge der Revolution versunken sein soll, der nun sadenbüchliche Kiste tragen müsse und kein Fleisch essen könne, sind zwar höchst übertrieben, allein ganz ohne Gehalt sind diese Jeremiaden doch nicht, was z. B. die einzige amtlich erhobene Thatsache beweist, daß bei dem hiesigen k. k. Pönungsamte im Laufe der letzten 3 Jahre nur ein einziges Goldstück überbracht wurde, und dieses gehörte einem Fremden.

**O. C. Wien, 1. Juni.** [Die beiden Kaiser von Oesterreich und Rußland.] Se. Majestät der Kaiser Franz Joseph ist gestern Abends um 11 Uhr von Dimis abgereist und heute früh um 7 Uhr in Begleitung des Großherzogs von Hessen, des Prinzen Albert von Sachsen und des Herrn, Ministerspräsidenten in Prag angekommen.

Se. Majestät der Kaiser von Rußland traf gestern Nachmittag um 4 Uhr über Moskau in Szegedwa ein und begab sich unmittelbar in die russisch-polnische Grenzstation Maczi, von wo nach eingenommenem Mittagsmahle die Weiterreise nach Warschau angetreten ward.

**\* \* \* Dimis, 1. Juni.** [Abreise der beiden Majestäten.] Ich bin am Schlusse meiner Berichte angelangt. Gestern Nachmittag soll — wie man mir versichert — die Erzherzogin Sophie, die übrigens nicht öffentlich erschien, den Erzherzog Franz Karl, ihren Gemahl, abgeholt haben. Ich verleihe diese Nachricht nicht, die übrigens ohne Bedeutung ist. Se. Majestät wohnte der Vorstellung im Théâtre parée bei, worin sich die Hofkapelle, die italienischen Sänger und Fanny Elster nebst dem Balletpersonale produzierten. Fanny Elster sang mit Herrn Carre ein Pas de deux aus „Esmeralda“. — Der Kaiser fuhr aus dem Theater durch die zum leichten Male umhüllten Gassen und Plätze in die Residenz, und verließ in der 11ten Stunde Nachts die Festung. Der Fackelzug ist unterblieben. Die fremden Gäste und die hiesigen österreichischen Notabilitäten und Celebritäten haben bereits sämtlich Dimis verlassen; nur der landeskommandierende General, Graf Schlick, weist noch hier.

Dimis ruht von dem Zaumel der Kaiserreise in den Armen der altengeordneten „Ruhe und Ordnung“ aus. Alles ist in das Alltagsgeleise zurückgekehrt. Ich erwähne nur kurz, daß der Kaiser von Rußland mit verschönerter Freigebigkeit Rubel, Dukaten und Orden vertheilte: der Fürst-Erzbischof von Dimis, Kardinal Sommerau-Beck, erhielt den weißen Adler-Orden 1. Klasse, begleitet von einem sehr schmeichelhaften Schreiben, und der Domkapitular und Propst der Stadtpfarre zu St. Mauriz, Ritter v. Ungerechtsberg, in dessen Residenz die beiden russischen Großfürsten einquartiert waren, eine mit 10 Diamanten, worunter zwei äußerst werthvolle Solitäre, besetzte goldene Dose. Der Kommandant des 2ten Armeekorps, Graf Schlick, bekam einen äußerst kostbaren Orden in Brillanten.

Andere Militär- und Civil-Chefs, namentlich der Banus Sclachich, wurden dekoriert, und an die Ehrencompagnie für jeden Gemeinen ein Rubel, für die Chygen je 1 Dukaten vertheilt. Alles was nur immer wie mit den russischen Gästen in Verbindung kam, erhielt goldene Erinnerungen. Sie werden glauben, daß wir uns nach dieser Fluth von gemüthtem Golde nun endlich einmal des Anblicks von geprägtem Gold- und Silberstücken erfreuen. Allein weit gefehlt. Die Münzen kamen nicht in den Verkehr, und die zerstückten Guldensettel, die 10- und 5-Kreuzer-Scheine kursiren nach wie vor. Der Kaiser Franz Josef spendete der Mannschaft, die sich vor den Majestäten produzierte, eine dreitägige Gratistbezahlung und jedem der in Reich und Gied gedienten Offiziere eine Vergütung von 30 fl. CM. Der goldene Regen auch für Deutschland eine Frucht zeitigen wird, beweisen wir noch.

Se. Majestät der Kaiser Franz Josef ließ bei seiner Abreise, welche angeblich nach Prag vor sich gegangen sein soll, folgenden Handschreiben an den Statthalter Mährens, Grafen Lamski, zurück: „Die Bewohner der Stadt Dimis haben, während ich mit Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland in ihrer Mitte weilte, so viele Beweise ihrer loyalen Haltung und Ergebenheit an den Tag gelegt, daß ich denselben mit Vergnügen meine Anerkennung ausspreche. Eben so war es mir erfreulich, die Bereitwilligkeit wahrzunehmen, mit welcher die zur Bequartierung von um Dimis konzentrierten Truppen in Ansehung genommenen Gemeinden ihren Verpflichtungen in dieser Hinsicht nachgekommen sind. Ich beauftrage Sie, sowohl der Dimiser Einwohnerschaft, als auch den Gemeinden, Meine Anerkennung und volle Zufriedenheit auszusprechen.“

Dimis, am 31. Mai. Franz Josef.

**Δ Von der ungarischen Grenze, 31. Mai.** [Die Stellung des Romanenthums zur österreichischen Regierung.] welche dasselbe mit tiefem Mißtrauen beobachtet, ist eben keine feindselige, jedoch jedenfalls herrscht eine große Spannung und es wollen die Führer es nur nicht zum vollen Bruch kommen lassen. Obwohl alle romanischen Volksführer aus dem Jahre 1848 die ihnen von der Regierung angebotenen Ordenszeichen abgelehnt haben, eine jede persönliche Auszeichnung unehrenhaft erscheint, wo das Volk im Ganzen aus seiner Hingebung freierlich Vortheil gezogen, so hat man doch, um nicht offen zu brechen, einen jungen Mann, Namens Vajzu, der an der Wiener Universität die Rechtswissenschaften studiert und i. J. 1848 nur eine untergeordnete Rolle gespielt, vorgeschoben, um von der Regierung ausgezeichnet zu werden, was denn auch durch Bewilligung eines Verdienstkreuzes geschehen ist. Die eigentlichen Führer haben sich bei der feierlichen Dekoration im Theaterhaus nicht enthalten, eine Rede mit bitteren Anspielungen zu halten, welche ihnen, dem soeben geehrten Patrioten, nachträglich eine polizeiliche Verwarnung ausging.

**Wien, 31. Mai.** Der Minister-Staats-

sekreter des Reichs-Polsen, Geheimrath Turck ist heute um 7 Uhr Morgens aus Petersburg in Warschau eingetroffen. Der General der Cavallerie, der General-Adjutant Sr. k. k. Majestät, Mitglied des Staatsraths und des Administrationsraths des Reichs, Graf Vincenz Kraskinski ist aus Dresden nach Warschau zurückgekehrt. Der General-Adjutant Sr. k. k. Majestät, Grünwald, ist nach Petersburg abgereist.

**Frankfurt, 30. Mai.** [Das Wahlgeseh.] — Dillon

Barrot. — Die Revisionfrage. — General-Audiz. — Nachrichten aus Algerien. — Louis Napoleon Bonaparte ist ein Mann, welcher außerordentlich gern Rathschläge empfangt, aber die empfangenen selten befolgt. Man muß daher auch die jetzt umlaufenden Gerüchte, betreffend seine beabsichtigte Erklärung wegen des Wahlgesehes vom 31. Mai (s. die gestr. Nr. d. 3.) mit großer Vorsicht aufnehmen. Die in Dijon zu haltende Rede ist übrigens bereits edigirt, doch hat das Ministerium darauf gebrungen, daß die wichtigste darin vorherrschende leidenschaftliche Tendenz gemildert und das darin ausgesprochene Vertrauen auf den Staat vom 10. Dezember nicht zu grell hervortritt.

Uebrigens versichert der Messing, de Pass, daß jene Rede Andeutungen auf einen bevorstehenden Ministerwechsel enthalten würde. Herr Dillon Barrot soll nämlich eingewilligt haben, Präsident eines Kabinetts zu werden, dessen Programm sich auf eine bedeutende Modifikation des Wahlgesehes beziehen würde.

**Paris, 30. Mai.** [Das Wahlgeseh.] — Dillon

Barrot. — Die Revisionfrage. — General-Audiz. — Nachrichten aus Algerien. — Louis Napoleon Bonaparte ist ein Mann, welcher außerordentlich gern Rathschläge empfangt, aber die empfangenen selten befolgt. Man muß daher auch die jetzt umlaufenden Gerüchte, betreffend seine beabsichtigte Erklärung wegen des Wahlgesehes vom 31. Mai (s. die gestr. Nr. d. 3.) mit großer Vorsicht aufnehmen. Die in Dijon zu haltende Rede ist übrigens bereits edigirt, doch hat das Ministerium darauf gebrungen, daß die wichtigste darin vorherrschende leidenschaftliche Tendenz gemildert und das darin ausgesprochene Vertrauen auf den Staat vom 10. Dezember nicht zu grell hervortritt.

Uebrigens versichert der Messing, de Pass, daß jene Rede Andeutungen auf einen bevorstehenden Ministerwechsel enthalten würde. Herr Dillon Barrot soll nämlich eingewilligt haben, Präsident eines Kabinetts zu werden, dessen Programm sich auf eine bedeutende Modifikation des Wahlgesehes beziehen würde.

Herr Dillon Barrot hätte folgenden Vorschlag gemacht:

„Jeder Franzose, welcher 21 Jahr alt und im Vollbesitz seiner bürgerlichen und politischen Rechte sich befindet, wird auf die Wahlliste des Departements gesetzt, wo er geboren ist.“ Die Herren Abatucci, Barrot, Fontenau und General Dubinot würden in das Barrot'sche Kabinet eintreten.

Wie lassen diese Nachricht dahin gestellt sein und halten uns an Fakta. Ein Faktum aber ist die vollständige Wichtigkeit der Revisionfrage. Die Frage ist und bleibt: Republik mit Louis Napoleon, oder: Republik ohne Louis Napoleon.

Nach versichert das Bulletin de Paris, daß Dupin jede Diskussion über die Frage: ob Monarchie oder Republik? ausschließen wolle, außer bei der Debatte über die Revision der Verfassung. Thiers würde mit dem Pyramidenklub, dessen Antrag schon über 200 Unterschriften zählt, für partielle Revision stimmen und gegen die totale Revision, unter welcher Forderung sich das Verlangen nach der Rückkehr des „legitimen“ Regiments verheißt. Mit ihm stimmen seine Freunde, etwa 60 an der Zahl. Auch über die Anstalten Changanier's erhält man jetzt einiges Licht. Der „Courier de la Somme“, welches Departement der General-representant, bringt nämlich folgendes:

„Der General Changanier hat sich weder für noch gegen die Revision erklärt. Da nämlich die Faktion bis jetzt noch Partei-Angelegenheit ist, so kann Changanier, als Mann der Ordnung, nicht zu einem Partei-Manne herabsinken. Im entscheidenden Augenblick wird der General die Ordnung zu Gunsten aller Parteien schützen und daher nicht den Fehler begehen, seine Kraft dadurch zu brechen, daß er sich in ein eklatantes Lager begiebt.“ Die Legislative war von keinem Interesse.

General-Audiz ist endlich aus Konstantinopel angekommen, nachdem er den griechischen Hof besucht und sich auch dem heil. Vater vorgestellt hat. Derselbe hat ihn aufs Beste empfangen und zu ihm mit Bezug auf England geäußert: „Was halten Sie von diesen guten Leuten, welche von päpstlicher Anmaßung sprechen und sich gegen mich in Vertheidigungsstand setzen, während ich Mühn genug habe, mich selbst zu vertheidigen.“

Die aus Algerien eingetroffenen Nachrichten, namentlich die Expedition nach Kabylien, beweisen, wie richtig Bugeaud's Vorhersagung war: daß alle halbe Maßregeln dort zum Unheil führen können. Alle Kabylien sind in Waffen und vertheidigen jeden Fuß breit Landes. Die benachbarte Landschaft Djigelli ist zwar unterworfen, aber mit welchen Dpfern! Der Feind zieht sich in die Gebirge zurück, wo die Franzosen Halt machen werden. Denn dies ist der lange vorher gesagte und den Gegnern längst bekannte Expeditionsplan. Das eroberte Land, dessen Erhaltung doch nur äußerst prekär sein wird, kostet uns bereits 300 — 400 Mann.

Ueber den am 19ten und 20sten vom General Saint-Arnaud über die Kabylien erfochtenen Sieg (s. die gestr. Nr. d. 3.) berichtet der Moniteur priv. folgendes:

Es handelte sich darum, den Feind von den beherrschenden Bergen herunter zu treiben.

Während nun unsere Infanterie die Höhen kletterte, unternahm Oberst Bouscair in der Ebene einen Kavallerie-Angriff und unser Säbel vollendete, was das Bajonnet begonnen. Der Feind, an 2000 Mann stark, verlor davon etwa 120.

Wichtig war das Gescheh am 20sten. Nachdem er am vergangenen Tage die ihn auf der Flanke bedrohenden Höhen gesäubert hatte, griff Saint-Arnaud die Stellung der Kabylien an, welche durch natürliche und künstliche Vertheidigungsmittel ungewöhnlich stark war.

Der General dirigirte die Kavallerie in der Art, daß sie dem Feinde den Rückzug abschnitt und griff ihn mit der Brigade des Generals Bosquet an, während die Eingebornen unseres Heeres seinen linken Flügel bedrohten.

Der Plan gelang und ein vollständiger Sieg war die Frucht, welche zur Unterwerfung verschiedener Stämme führte. Man hofft, daß die gefährlichen Bünde von Klein-Kabylien sich auflösen werden.

**Großbritannien.**

**\*\* London, 29. Mai.** [Vermischtes.] Auf Antrag Hume's hat das Parlament die Ziffer der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben der vereinigten Königreiche während der Jahre 1822 bis 1850 veröffentlicht. Die Einnahme sank von 59,820,691 Pfund im Jahre 1829 im Jahre 1835 auf 50,106,820 Pfund. Die Ausgabe von 56 1/2 Millionen im Jahre 1827 auf 48,887,638 Pfund im Jahre 1835. In den Jahren 1826, 1827, 1831, 1837, 1838, 1840, 1841, 1842, 1847 und 1848 überstieg die Ausgabe die Einnahme. Das Defizit im Jahre 1838 betrug 345,226, im Jahre 1842 aber 3,079,539 Pfund. Der größte Ueberschuß der Einnahme über die Ausgabe betrug 1822 4,714,118 Pfund; der kleinste 614,759 Pfund im Jahre 1832.

Am Mittwoch kam es in Tamworth bei Gelegenheit eines Protektionisten-Diners zu Unordnungen, welche durch unschuldige Anspielung des Vorgesetzten auf den seligen Robert Peel, den früheren Vertreter von Tamworth, hervorgerufen wurden. Die Fenster des Speisals wurden eingeworfen und mehrere Protektionisten durch Steinwürfe verwundet. Die Unruhe währte bis in die Nacht und legte sich erst als ein Korps von Spezial-Konstablen zusammentrat und die Straße abpatrouillirte.

Die Bailliesche Motion (S. die gestrige Nr. der Zeitung) ward mit 282 gegen 202 Stimmen verworfen, nachdem Lord Russell geizigt, daß die Untersuchungs-Kommission in ihrem Berichte sich große Uebertreibungen habe zu Schulden kommen lassen, sowohl was die Zahl der verlegten Personen als die Natur der angewendeten Strafen betrifft.

**Portugal.**

**\*\* Lissabon, 23. Mai.** [Das neue Kabinet] ist gebildet; ausschließlich aus Progressiven. Marquis Loulé war früher Gouverneur von Coimbra unter der Junta von Porto; Souer war in dem Kabinet Palmella 1846; Frangini trat nach dem Protokoll von 1847 mit Mallo und Carvalho in dasselbe ein; Poffana war kurze Zeit Marine-Minister unter Cabral 1842 und dem General-Gouverneur des portugiesischen Indiens. Hätte man Männer wie Lavradio oder Magalhães für das Kabinet gewinnen können, so wäre es eher im Stande, den progressivsten Ansprüchen die Stürze zu bieten, welche erst die Abdankung der Königin verlangten, jetzt aber das allgemeine Stimmrecht und die Reorganisation der Pairskammer und des Staatsraths. Doch glaubt man nicht, daß ein diktatorischer Gefäß gegen die beiden Körperschaften erfolgen wird. Es wird aber ein Komitee ernannt werden, um zwei Gesetz-Entwürfe vorzubereiten, einen auf der Basis direkter Wahlen, den andern auf der Basis der indirekten Wahlen, welchen man dann den Kortes vorgelegten Entwurf substituiren will.

**Schweiz.**

[In Betreff der österreichisch-schweizerischen Grenzkonflikte] schreibt das C. B. aus Berlin: Man verfolgt hier mit Aufmerksamkeit die Reibungen, die an der Grenze des Elßin zwischen Einwohnern dieses Kantons und den Soldaten des österreichischen Grenzkorps fast täglich vorkommen. Es ist wunderbar, daß die Zeitungen über diese Konflikte so wenig zu berichten wissen. Privatbriefe aus Stalien und der Schweiz wissen nicht genug von der Gewaltthaten zu erzählen, mit welcher die Deserteure einen ernsthaften Zusammenstoß zu provoziren bemüht sind. Es vergeht kein Tag ohne eine Grenzübersehung Seitens der Deserteure und ohne eine Mißhandlung gegen die Grenzbevölkerung auf dem Bundesgebiet. Personen, die der Verhältnisse in den schweizer Kantonen und der Verbindungen des bundesfeindlichen Auslands innerhalb der Kantone sehr kundig sind, machen uns

auf den unablässigen Eifer aufmerksam, mit welchem die vom

Ausland abhängigen Organe der Schweiz den angeblichen Bericht Mazzini's an das londoner Central-Komitee selbst jetzt noch zu besprechen fortfahren, nachdem Niemand mehr über den Ursprung jenes Aktenstückes im Zweifel sein kann. Ein pariser Korrespondent des Journal de Geneve soll — uns selbst liegt das Journal nicht vor — trotz Mazzini's Desavoe und ungeachtet aller Gründe innerer und äußerer Kritik, welche gegen die Authentizität des Manifestes sprechen, dessen Echtheit behaupten und in mehreren Nummern zu beweisen sich bemühen. Nicht minder die notorisch von Oesterreich unterhaltenen Blätter der romanischen Schweiz und, was in Preußen überraschen dürfte, das Organ der royalistischen Partei in Neuenburg, der „Neuchâtelais“. Sie streiten nicht nur sämtlich für die Authentizität des Pseudo-Mazzini, sondern auch dessen Dogma von der revolutionären Mission Preußens scheint bereits einen, vielleicht ein österreichisches Protektorat begünstigenden, Eingang zu finden.

**Osmanisches Reich.**

**Konstantinopel, 17. Mai.** [Ungarische Flüchtlinge.] Vorgelesen waren 85 ungar. Flüchtlinge (worunter Meszars) auf einem türkischen Dampfer nach den Daranelen geschickt, wo sie auf einem englischen Kriegsschiffe aufgenommen, nach Liverpool und von da nach Amerika gebracht werden sollten. — Es hieß, Graf Rechberg sei zum österreichischen Internuntius bestimmt. (A. 3.)

**Sprechsaal.**

**Breslau, Juni.** [Die Unions-Verhandlungen der Synode zu Breslau am 1. und 2. Oktober 1822.] sind als Beitrag zur Geschichte der ev. Union in Preußen kürzlich erschienen, von der k. k. k. Kabinets-Ordnung 1817 den 27. Septbr. bis zum „Worte brüderl. Werbung“ 1830 d. 25. März, 6 Aktenstücke, vielen unbekannt und doch von sprechender Wichtigkeit. Die fragliche Synode glänzte als ein in der ganzen Kirchen-Geschichte voll Geistes-Verirrung und Zwiespalt viel leicht einziges Beispiel von Freimüthigkeit und Einmüthigkeit. Nicht Ausnahme des umfänglichen Scheiters herrschte eine durchgängige Uebereinstimmung unter den 55 ausgesprochenen Männern, von denen ich hier nur die Ehrennamen Schulz, Gsch, v. Colln, Mittelbors, Wunster, Schilling, Venatier, Schiggen, Gerhard, Rahn, Werts, Michaelis, Robertag aufführen will. Das Konfessionium sprach seine große Freude über das Ergebnis der Verhandlungen aus und förderte mit Eifer die darin aufgestellten Grundsätze. Vielen möchte es willkommen sein, als Zusatz zu den empfohlenen Blättern noch für Nieder-Schlesien folgendes, aus der reinsten Quelle geschöpft, zu vernehmen. Geistliche und Gemeinden der bis 1817 getrennten luther. und reform. Bekenntnisse sprachen bei der damaligen 3. Säkular-Feier der Reformation die Union durch gemeinschaftliche Abendmahlsfeier, sowohl zu Glogau als auch in Hirschberg auf eine öffentliche unabweisbare und rührende Weise aus. Die k. Regierung räumte Solches liegn. Amstbl. 1817 Novbr. Nach dem Tode des Hof-Pred. Groß in Glogau beabsichtigte die hohe Behörde, das dasige reform. Kirchenystem mit dem luther. zu verschmelzen. Die desfallsigen Versuche scheiterten an dem Widerstande der reform. Gemeinde. Diese war nicht geneigt, die Vortheile aufzugeben, welche ihr der Besitz eines besondern Seelsorgers gewährte. Sie wählte den heute noch mit vollem Sagen im Amte stehenden Hof-Pred. Venatier; dieser trat 1820 dasselbe an. Die Union litt keine Störung, insofern zahlreiche Stadt- und Land-Bewohner ohne Unterschied des Bekenntnisses seine Gottesdienste und Abendmahlsfeiern besuchten, bis auf den heutigen Tag. Laut Berufungs-Urtheile war er verpflichtet, jährlich 2 Mal die zu seinem Kirchsprengel gehörigen Tochter-Gemeinden zu bereisen, und deshalb in Sagan, Bunzlau, Löwenberg, Hirschberg, Liegnitz, Jauer, Steinau und auf den Kolonien des Domänen-Amtes Herrnsdorf Gottesdienste mit Abendmahle zu halten. Obgleich er 1822 jener Bresl. Synode beigegeben und mit Hand und Mund gelobt hatte, das heilsame Werk der Union nach Kräften in seinem Kreise zu fördern; so konnte er doch seine fraglichen Reisen nicht eher einstellen, als bis die Union an den genannten Orten durchweg auch ins Leben getreten war. Als nun der General-Superintendent Robertag mittelst Circular-Schreibens v. 31. Mai 1830 die gefammte ev. Geistlichkeit Schlesiens aufgerufen hatte, bei dem Säkular-Feste der Augsb. Konfession durch Annahme und Einführung des Unions-Ritus in der Abendmahls-Handlung die Union zu vollenden, da weigerten sich einzelne Geistliche an den von Jemem bereiteten Orten, unter dem Vorwande, ihr Streben sei zwecklos, so lange ein Geistlicher noch unüberseie, um einen besondern, reform. Gottesdienst zu halten. Dies veranlaßte Venatier, beim Staatsminister anzufragen, ob er wohl den Versuch machen möchte, seine auswärtigen Gemeinde-Glieder für den Beitritt zur Union und den Anschluß an die luther. Gemeinde ihres Wohnorts zu stimmen. Das Ministerium billigte den Versuch wurde gemacht, er gelang. Venatier hatte seine Reisen ein, nachdem er vorher an allen jenen Orten mit den Amtsbedienten eine gemeinschaftliche, erhebende Abendmahls-Feier gehalten, und seine Gemeinde-Glieder derselben überwiesen hatte. Eine solche Festlichkeit fand statt: 1831 d. 2. Juni zu Jauer; 1832 d. 18. Mai zu Sagan, den 21. Mai zu Bunzlau, den 22. Mai zu Löwenberg, den 25. Mai zu Hirschberg, den 29. Juni zu Liegnitz; 1834 den 30. Juni zu Königsbrunn bei Herrnsdorf. In der Nähe, und namentlich zu Wartsdorf, wohnte eine kleine reform. Land-Gemeinde, diese wollte das Abendmahls durch dasigen Pastor sich nur unter der Bedingung reichen lassen, wenn derselbe dabei die alten, reform. Formulare sich bediente. Jener versprach Solches, glaubte aber später, sein Versprechen nicht erfüllen zu können. Die Gemeinde beschwerte sich bei der Regierung und bat, daß ihrem früheren Geistlichen die Seelsorge wieder übertragen werden möchte. Die Behörde schlug es ab. Venatier selbst, auf Verlangen der Gemeinde, suchte die Erlaubnis nach, jener das Abendmahls wieder reichen zu dürfen, da die Bedingung nicht erfüllt werde, unter welcher sie sich an den Pastor zu Königsbrunn angeschlossen habe. Umsonst, in dem Bescheide heißt es unter Anderm: „Wir müssen es sogar bei den in der neuerdings ergangenen allerhöchsten Kabinets-Ordnung v. 28. Februar 1834 im Allgemeinen über die Aufrechterhaltung des einmal irgendwo abgeschlossenen Unions-Werks für bedenklich halten, irgend einen Zweifel über die Unzulässigkeit ihres Antrags zu hegen.“ Dies die einfache Thatsache. Die Noten zum Terte machte Jeder sich selber.

**Breslau, 2. Juni.** [Die Unions-Verhandlungen der Synode zu Breslau am 1. und 2. Oktober 1822.] sind als Beitrag zur Geschichte der ev. Union in Preußen kürzlich erschienen, von der k. k. k. Kabinets-Ordnung 1817 den 27. Septbr. bis zum „Worte brüderl. Werbung“ 1830 d. 25. März, 6 Aktenstücke, vielen unbekannt und doch von sprechender Wichtigkeit.

Die fragliche Synode glänzte als ein in der ganzen Kirchen-Geschichte voll Geistes-Verirrung und Zwiespalt viel leicht einziges Beispiel von Freimüthigkeit und Einmüthigkeit. Nicht Ausnahme des umfänglichen Scheiters herrschte eine durchgängige Uebereinstimmung unter den 55 ausgesprochenen Männern, von denen ich hier nur die Ehrennamen Schulz, Gsch, v. Colln, Mittelbors, Wunster, Schilling, Venatier, Schiggen, Gerhard, Rahn, Werts, Michaelis, Robertag aufführen will. Das Konfessionium sprach seine große Freude über das Ergebnis der Verhandlungen aus und förderte mit Eifer die darin aufgestellten Grundsätze. Vielen möchte es willkommen sein, als Zusatz zu den empfohlenen Blättern noch für Nieder-Schlesien folgendes, aus der reinsten Quelle geschöpft, zu vernehmen. Geistliche und Gemeinden der bis 1817 getrennten luther. und reform. Bekenntnisse sprachen bei der damaligen 3. Säkular-Feier der Reformation die Union durch gemeinschaftliche Abendmahlsfeier, sowohl zu Glogau als auch in Hirschberg auf eine öffentliche unabweisbare und rührende Weise aus. Die k. Regierung räumte Solches liegn. Amstbl. 1817 Novbr. Nach dem Tode des Hof-Pred. Groß in Glogau beabsichtigte die hohe Behörde, das dasige reform. Kirchenystem mit dem luther. zu verschmelzen. Die desfallsigen Versuche scheiterten an dem Widerstande der reform. Gemeinde. Diese war nicht geneigt, die Vortheile aufzugeben, welche ihr der Besitz eines besondern Seelsorgers gewährte. Sie wählte den heute noch mit vollem Sagen im Amte stehenden Hof-Pred. Venatier; dieser trat 1820 dasselbe an. Die Union litt keine Störung, insofern zahlreiche Stadt- und Land-Bewohner ohne Unterschied des Bekenntnisses seine Gottesdienste und Abendmahlsfeiern besuchten, bis auf den heutigen Tag. Laut Berufungs-Urtheile war er verpflichtet, jährlich 2 Mal die zu seinem Kirchsprengel gehörigen Tochter-Gemeinden zu bereisen, und deshalb in Sagan, Bunzlau, Löwenberg, Hirschberg, Liegnitz, Jauer, Steinau und auf den Kolonien des Domänen-Amtes Herrnsdorf Gottesdienste mit Abendmahle zu halten. Obgleich er 1822 jener Bresl. Synode beigegeben und mit Hand und Mund gelobt hatte, das heilsame Werk der Union nach Kräften in seinem Kreise zu fördern; so konnte er doch seine fraglichen Reisen nicht eher einstellen, als bis die Union an den genannten Orten durchweg auch ins Leben getreten war. Als nun der General-Superintendent Robertag mittelst Circular-Schreibens v. 31. Mai 1830 die gefammte ev. Geistlichkeit Schlesiens aufgerufen hatte, bei dem Säkular-Feste der Augsb. Konfession durch Annahme und Einführung des Unions-Ritus in der Abendmahls-Handlung die Union zu vollenden, da weigerten sich einzelne Geistliche an den von Jemem bereiteten Orten, unter dem Vorwande, ihr Streben sei zwecklos, so lange ein Geistlicher noch unüberseie, um einen besondern, reform. Gottesdienst zu halten. Dies veranlaßte Venatier, beim Staatsminister anzufragen, ob er wohl den Versuch machen möchte, seine auswärtigen Gemeinde-Glieder für den Beitritt zur Union und den Anschluß an die luther. Gemeinde ihres Wohnorts zu stimmen. Das Ministerium billigte den Versuch wurde gemacht, er gelang. Venatier hatte seine Reisen ein, nachdem er vorher an allen jenen Orten mit den Amtsbedienten eine gemeinschaftliche, erhebende Abendmahls-Feier gehalten, und seine Gemeinde-Glieder derselben überwiesen hatte. Eine solche Festlichkeit fand statt: 1831 d. 2. Juni zu Jauer; 1832 d. 18. Mai zu Sagan, den 21. Mai zu Bunzlau, den 22. Mai zu Löwenberg, den 25. Mai zu Hirschberg, den 29. Juni zu Liegnitz; 1834 den 30. Juni zu Königsbrunn bei Herrnsdorf. In der Nähe, und namentlich zu Wartsdorf, wohnte eine kleine reform. Land-Gemeinde, diese wollte das Abendmahls durch dasigen Pastor sich nur unter der Bedingung reichen lassen, wenn derselbe dabei die alten, reform. Formulare sich bediente. Jener versprach Solches, glaubte aber später, sein Versprechen nicht erfüllen zu können. Die Gemeinde beschwerte sich bei der Regierung und bat, daß ihrem früheren Geistlichen die Seelsorge wieder übertragen werden möchte. Die Behörde schlug es ab. Venatier selbst, auf Verlangen der Gemeinde, suchte die Erlaubnis nach, jener das Abendmahls wieder reichen zu dürfen, da die Bedingung nicht erfüllt werde, unter welcher sie sich an den Pastor zu Königsbrunn angeschlossen habe. Umsonst, in dem Bescheide heißt es unter Anderm: „Wir müssen es sogar bei den in der neuerdings ergangenen allerhöchsten Kabinets-Ordnung v. 28. Februar 1834 im Allgemeinen über die Aufrechterhaltung des einmal irgendwo abgeschlossenen Unions-Werks für bedenklich halten, irgend einen Zweifel über die Unzulässigkeit ihres Antrags zu hegen.“ Dies die einfache Thatsache. Die Noten zum Terte machte Jeder sich selber.

**Breslau, 2. Juni.** [Die Unions-Verhandlungen der Synode zu Breslau am 1. und 2. Oktober 1822.] sind als Beitrag zur Geschichte der ev. Union in Preußen kürzlich erschienen, von der k. k. k. Kabinets-Ordnung 1817 den 27. Septbr. bis zum „Worte brüderl. Werbung“ 1830 d. 25. März, 6 Aktenstücke, vielen unbekannt und doch von sprechender Wichtigkeit.

Die fragliche Synode glänzte als ein in der ganzen Kirchen-Geschichte voll Geistes-Verirrung und Zwiespalt viel leicht einziges Beispiel von Freimüthigkeit und Einmüthigkeit. Nicht Ausnahme des umfänglichen Scheiters herrschte eine durchgängige Uebereinstimmung unter den 55 ausgesprochenen Männern, von denen ich hier nur die Ehrennamen Schulz, Gsch, v. Colln, Mittelbors, Wunster, Schilling, Venatier, Schiggen, Gerhard, Rahn, Werts, Michaelis, Robertag aufführen will. Das Konfessionium sprach seine große Freude über das Ergebnis der Verhandlungen aus und förderte mit Eifer die darin aufgestellten Grundsätze. Vielen möchte es willkommen sein, als Zusatz zu den empfohlenen Blättern noch für Nieder-Schlesien folgendes, aus der reinsten Quelle geschöpft, zu vernehmen. Geistliche und Gemeinden der bis 1817 getrennten luther. und reform. Bekenntnisse sprachen bei der damaligen 3. Säkular-Feier der Reformation die Union durch gemeinschaftliche Abendmahlsfeier, sowohl zu Glogau als auch in Hirschberg auf eine öffentliche unabweisbare und rührende Weise aus. Die k. Regierung räumte Solches liegn. Amstbl. 1817 Novbr. Nach dem Tode des Hof-Pred. Groß in Glogau beabsichtigte die hohe Behörde, das dasige reform. Kirchenystem mit dem luther. zu verschmelzen. Die desfallsigen Versuche scheiterten an dem Widerstande der reform. Gemeinde. Diese war nicht geneigt, die Vortheile aufzugeben, welche ihr der Besitz eines besondern Seelsorgers gewährte. Sie wählte den heute noch mit vollem Sagen im Amte stehenden Hof-Pred. Venatier; dieser trat 1820 dasselbe an. Die Union litt keine Störung, insofern zahlreiche Stadt- und Land-Bewohner ohne Unterschied des Bekenntnisses seine Gottesdienste und Abendmahlsfeiern besuchten, bis auf den heutigen Tag. Laut Berufungs-Urtheile war er verpflichtet, jährlich 2 Mal die zu seinem Kirchsprengel gehörigen Tochter-Gemeinden zu bereisen, und deshalb in Sagan, Bunzlau, Löwenberg, Hirschberg, Liegnitz, Jauer, Steinau und auf den Kolonien des Domänen-Amtes Herrnsdorf Gottesdienste mit Abendmahle zu halten. Obgleich er 1822 jener Bresl. Synode beigegeben und mit Hand und Mund gelobt hatte, das heilsame Werk der Union nach Kräften in seinem Kreise zu fördern; so konnte er doch seine fraglichen Reisen nicht eher einstellen, als bis die Union an den genannten Orten durchweg auch ins Leben getreten war. Als nun der General-Superintendent Robertag mittelst Circular-Schreibens v. 31. Mai 1830 die gefammte ev. Geistlichkeit Schlesiens aufgerufen hatte, bei dem Säkular-Feste der Augsb. Konfession durch Annahme und Einführung des Unions-Ritus in der Abendmahls-Handlung die Union zu vollenden, da weigerten sich einzelne Geistliche an den von Jemem bereiteten Orten, unter dem Vorwande, ihr Streben sei zwecklos, so lange ein Geistlicher noch unüberseie, um einen besondern, reform. Gottesdienst zu halten. Dies veranlaßte Venatier, beim Staatsminister anzufragen, ob er wohl den Versuch machen möchte, seine auswärtigen Gemeinde-Glieder für den Beitritt zur Union und den Anschluß an die luther. Gemeinde ihres Wohnorts zu stimmen. Das Ministerium billigte den Versuch wurde gemacht, er gelang. Venatier hatte seine Reisen ein, nachdem er vorher an allen jenen Orten mit den Amtsbedienten eine gemeinschaftliche, erhebende Abendmahls-Feier gehalten, und seine Gemeinde-Glieder derselben überwiesen hatte. Eine solche Festlichkeit fand statt: 1831 d. 2. Juni zu Jauer; 1832 d. 18. Mai zu Sagan, den 21. Mai zu Bunzlau, den 22. Mai zu Löwenberg, den 25. Mai zu Hirschberg, den 29. Juni zu Liegnitz; 1834 den 30. Juni zu Königsbrunn bei Herrnsdorf. In der Nähe, und namentlich zu Wartsdorf, wohnte eine kleine reform. Land-Gemeinde, diese wollte das Abendmahls durch dasigen Pastor sich nur unter der Bedingung reichen lassen, wenn derselbe dabei die alten, reform. Formulare sich bediente. Jener versprach Solches, glaubte aber später, sein Versprechen nicht erfüllen zu können. Die Gemeinde beschwerte sich bei der Regierung und bat, daß ihrem früheren Geistlichen die Seelsorge wieder übertragen werden möchte. Die Behörde schlug es ab. Venatier selbst, auf Verlangen der Gemeinde, suchte die Erlaubnis nach, jener das Abendmahls wieder reichen zu dürfen, da die Bedingung nicht erfüllt werde, unter welcher sie sich an den Pastor zu Königsbrunn angeschlossen habe. Umsonst, in dem Bescheide heißt es unter Anderm: „Wir müssen es sogar bei den in der neuerdings ergangenen allerhöchsten Kabinets-Ordnung v. 28. Februar 1834 im Allgemeinen über die Aufrechterhaltung des einmal irgendwo abgeschlossenen Unions-Werks für bedenklich halten, irgend einen Zweifel über die Unzulässigkeit ihres Antrags zu hegen.“ Dies die einfache Thatsache. Die Noten zum Terte machte Jeder sich selber.

**Breslau, 2. Juni.** [Die Unions-Verhandlungen der Synode zu Breslau am 1. und 2. Oktober 1822.] sind als Beitrag zur Geschichte der ev. Union in Preußen kürzlich erschienen, von der k. k. k. Kabinets-Ordnung 1817 den 27. Septbr. bis zum „Worte brüderl. Werbung“ 1830 d. 25. März, 6 Aktenstücke, vielen unbekannt und doch von sprechender Wichtigkeit.

Die fragliche Synode glänzte als ein in der ganzen Kirchen-Geschichte voll Geistes-Verirrung und Zwiespalt viel leicht einziges Beispiel von Freimüthigkeit und Einmüthigkeit. Nicht Ausnahme des umfänglichen Scheiters herrschte eine durchgängige Uebereinstimmung unter den 55 ausgesprochenen Männern, von denen ich hier nur die Ehrennamen Schulz, Gsch, v. Colln, Mittelbors, Wunster, Schilling, Venatier, Schiggen, Gerhard, Rahn, Werts, Michaelis, Robertag aufführen will. Das Konfessionium sprach seine große Freude über das Ergebnis der Verhandlungen aus und förderte mit Eifer die darin aufgestellten Grundsätze. Vielen möchte es willkommen sein, als Zusatz zu den empfohlenen Blättern noch für Nieder-Schlesien folgendes, aus der reinsten Quelle geschöpft, zu vernehmen. Geistliche und Gemeinden der bis 1817 getrennten luther. und reform. Bekenntnisse sprachen bei der damaligen 3. Säkular-Feier der Reformation die Union durch gemeinschaftliche Abendmahlsfeier, sowohl zu Glogau als auch in Hirschberg auf eine öffentliche unabweisbare und rührende Weise aus. Die k. Regierung räumte Solches liegn. Amstbl. 1817 Novbr. Nach dem Tode des Hof-Pred. Groß in Glogau beabsichtigte die hohe Behörde, das dasige reform. Kirchenystem mit dem luther. zu verschmelzen. Die desfallsigen Versuche scheiterten an dem Widerstande der reform. Gemeinde. Diese war nicht geneigt, die Vortheile aufzugeben, welche ihr der Besitz eines besondern Seelsorgers gewährte. Sie wählte den heute noch mit vollem Sagen im Amte stehenden Hof-Pred. Venatier; dieser trat 1820 dasselbe an. Die Union litt keine Störung, insofern zahlreiche Stadt- und Land-Bewohner ohne Unterschied des Bekenntnisses seine Gottesdienste und Abendmahlsfeiern besuchten, bis auf den heutigen Tag. Laut Berufungs-Urtheile war er verpflichtet, jährlich 2 Mal die zu seinem Kirchsprengel gehörigen Tochter-Gemeinden zu bereisen, und deshalb in Sagan, Bunzlau, Löwenberg, Hirschberg, Liegnitz, Jauer, Steinau und auf den Kolonien des Domänen-Amtes Herrnsdorf Gottesdienste mit Abendmahle zu halten. Obgleich er 1822 jener Bresl. Synode beigegeben und mit Hand und Mund gelobt hatte, das heilsame Werk der Union nach Kräften in seinem Kreise zu fördern; so konnte er doch seine fraglichen Reisen nicht eher einstellen, als bis die Union an den genannten Orten durchweg auch ins Leben getreten war. Als nun der General-Superintendent Robertag mittelst Circular-Schreibens v. 31. Mai 1830 die gefammte ev. Geistlichkeit Schlesiens aufgerufen hatte, bei dem Säkular-Feste der Augsb. Konfession durch Annahme und Einführung des Unions-Ritus in der Abendmahls-Handlung die Union zu vollenden, da weigerten sich einzelne Geistliche an den von Jemem bereiteten Orten, unter dem Vorwande, ihr Streben sei zwecklos, so lange ein Geistlicher noch unüberseie, um einen besondern, reform. Gottesdienst zu halten. Dies veranlaßte Venatier, beim Staatsminister anzufragen, ob er wohl den Versuch machen möchte, seine auswärtigen Gemeinde-Glieder für den Beitritt zur Union und den Anschluß an die luther. Gemeinde ihres Wohnorts zu stimmen. Das Ministerium billigte den Versuch wurde gemacht, er gelang. Venatier hatte seine Reisen ein, nachdem er vorher an allen jenen Orten mit den Amtsbedienten eine gemeinschaftliche, erhebende Abendmahls-Feier gehalten, und seine Gemeinde-Glieder derselben überwiesen hatte. Eine solche Festlichkeit fand statt: 1831 d. 2. Juni zu Jauer; 1832 d. 18. Mai zu Sagan, den 21. Mai zu Bunzlau, den 22. Mai zu Löwenberg, den 25. Mai zu Hirschberg, den 29. Juni zu Liegnitz; 1834 den 30. Juni zu Königsbrunn bei Herrnsdorf. In der Nähe, und namentlich zu Wartsdorf, wohnte eine kleine reform. Land-Gemeinde, diese wollte das Abendmahls durch dasigen Pastor sich nur unter der Bedingung reichen lassen, wenn derselbe dabei die alten, reform. Formulare sich bediente. Jener versprach Solches, glaubte aber später, sein Versprechen nicht erfüllen zu können. Die Gemeinde beschwerte sich bei der Regierung und bat, daß ihrem früheren Geistlichen die Seelsorge wieder übertragen werden möchte. Die Behörde schlug es ab. Venatier selbst, auf Verlangen der Gemeinde, suchte die Erlaubnis nach, jener das Abendmahls wieder reichen zu dürfen, da die Bedingung nicht erfüllt werde, unter welcher sie sich an den Pastor zu Königsbrunn angeschlossen habe. Umsonst, in dem Bescheide heißt es unter Anderm: „Wir müssen es sogar bei den in der neuerdings ergangenen allerhöchsten Kabinets-Ordnung v. 28. Februar 1834 im Allgemeinen über die Aufrechterhaltung des einmal irgendwo abgeschlossenen Unions-Werks für bedenklich halten, irgend einen Zweifel über die Unzulässigkeit ihres Antrags zu hegen.“ Dies die einfache Thatsache. Die Noten zum Terte machte Jeder sich selber.

**Breslau, 2. Juni.** [Die Unions-Verhandlungen der Synode zu Breslau am 1. und 2. Oktober 1822.] sind als Beitrag zur Geschichte der ev. Union in Preußen kürzlich erschienen, von der k. k. k. Kabinets-Ordnung 1817 den 27. Septbr. bis zum „Worte brüderl. Werbung“ 1830 d. 25. März, 6 Aktenstücke, vielen unbekannt und doch von sprechender Wichtigkeit.

Die fragliche Synode glänzte als ein in der ganzen Kirchen-Geschichte voll Geistes-Verirrung und Zwiespalt viel leicht einziges Beispiel von Freimüthigkeit und Einmüthigkeit. Nicht Ausnahme des umfänglichen Scheiters herrschte eine durchgängige Uebereinstimmung unter den 55 ausgesprochenen Männern, von denen ich hier nur die Ehrennamen Schulz, Gsch, v. Colln, Mittelbors, Wunster, Schilling, Venatier, Schiggen, Gerhard, Rahn, Werts, Michaelis, Robertag aufführen will. Das Konfessionium sprach seine große Freude über das Ergebnis der Verhandlungen aus und förderte mit Eifer die darin aufgestellten Grundsätze. Vielen möchte es willkommen sein, als Zusatz zu den empfohlenen Blättern noch für Nieder-Schlesien folgendes, aus der reinsten Quelle geschöpft, zu vernehmen. Geistliche und Gemeinden der bis 1817 getrennten luther. und reform. Bekenntnisse sprachen bei der damaligen 3. Säkular-Feier der Reformation die Union durch gemeinschaftliche Abendmahlsfeier, sowohl zu Glogau als auch in Hirschberg auf eine öffentliche unabweisbare und rührende Weise aus. Die k. Regierung räumte Solches liegn. Amstbl. 1817 Novbr. Nach dem Tode des Hof-Pred. Groß







3. Juni 1851.

Königsberg i. Pr.



Theater-Repertoire.

Dinstag den 3. Juni. Bei aufgehobenem Abonnement und erhöhten Preisen. **Die fünf und letzte Gastvorstellung der 48 jungen Tänzerinnen**, unter Leitung der Balletmeisterin Frau Josephine Weiss. 1) **Chorale Tanz**, ausgeführt von 32 Tänzerinnen. 2) **Fantase-Tanz**, ausgeführt von 48 Tänzerinnen. 3) **Orientalischer Tanz**, ausgeführt von 48 Tänzerinnen. — Dazu, zum sechsten Male: **„Eine Pötte kurt.“** Original-Pötte mit Gesang in drei Aufzügen von Friedrich Kallert. Musik von M. Gehrmann.

Presse der Plätze: Ein Platz in den Logen des ersten Ranges, ein numerierter Sitzplatz im Balcon, ein numerierter Sitzplatz in den Logen des zweiten Ranges, ein numerierter Sitzplatz im Parterre 17½ Sgr.; ein Platz im Parterre 12½ Sgr. Die Preise der Plätze in den Gallerie-Logen und auf der Gallerie sind nicht erhöht.

Mittwoch den 4. Juni. 54te Vorstellung des zweiten Abonnements von 70 Vorstellungen. Bei erhöhten Preisen: **„Der Prophet.“** Große Oper mit Tanz in 5 Akten, Musik von Meyerbeer. — **„Fides, Frau Krebs.“** Schauspiel, königl. sächsische Hof-Dramaturgin vom Hoftheater zu Dresden; Johanna von Eyden, Herr Reer, Herzogl. Kammerfänger zu Koburg, als Gäste.

Donnerstag den 5. Juni d. J.

Theater-Redoute

als maskierter und unmaskierter Ball. — Die Restauration hat Herr Alexander Herrmann, Besitzer des Tempelgartens, übernommen. Billets à 1 Rthlr., mit denen das Recht des Zutritts zu allen Logenräumen des ersten und zweiten Ranges verbunden ist, sind im Theater-Bureau und am Abende des Balles an der Kasse zu haben.

[2558] Statt jeder besonderen Meldung. Hildegard Schnell, Sigismund Spiegel, Streblen, Verlobte. Breslau.

[2576] Als ehelich Verbundene empfehlen sich: Eduard Kraft, Emma Kraft, geb. Steulmann. Sorau und Glogau, den 26. Mai 1851.

[1719] Entbindungs-Anzeige. Die heute früh 2½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Aurelie, geb. Dietrich, von einem gesunden Mädchen zeigt Verwandten und Freunden — statt jeder besonderen Meldung — hierdurch ergebenst an: Dr. Stinner. Oppeln, den 1. Juni 1851.

[2538] Entbindungs-Anzeige. Die heute Mittag 1½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau Rosalie, geb. A. w. ad., von einem gesunden Kinde, bezeugt mich Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung ergebenst anzuzeigen. Glog, den 1. Juni 1851. Jacob Sorell.

[2510] Entbindungs-Anzeige. Heute Nachmittag wurde meine Frau von einem gesunden Knaben glücklich entbunden, was ich hiermit — anstatt jeder besonderen Meldung — ergebenst anzeige. Breslau, den 1. Juni 1851. Leo v. Burghard.

[2552] Todes-Anzeige. Nach langen Leiden verschied heute früh 5½ Uhr in jugendlicher Blüthe unser innigst geliebter Bruder Guido Buch. Kreide seiner Asche! — Diese traurige Anzeige Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung. Breslau, den 1. Juni 1851. Die Hinterbliebenen.

[2573] Todes-Anzeige. Den heut früh Punkt 3 Uhr sanft erfolgten Tod ihres theuren, innig geliebten Vaters, des königlichen Kreisgerichts a. D. Ritters des rothen Adlerordens etc. etc. Carl Gottlieb Friedrichs, geb. 1780, an Schlagfluss, zeigen allen Verwandten und Freunden mit der Bitte, unsern großen Schmerz durch stille Theilnahme zu ehren, ergebenst an. Die Hinterbliebenen. Breslau, den 31. Mai 1851.

[2541] Todes-Anzeige. Tief betrübt zeigen wir das gestern Abend gegen 12 Uhr erfolgte Ableben unserer unvergesslichen Schwester Philippine Schlegler Verwandten und Freunden an. Die Geschwister. Breslau, den 2. Juni 1851.

Todes-Anzeige. Gestern Abend um 9 Uhr verschied sanft nach langen Leiden mein innigst geliebter, theurer Vater, der Oberhofmeister und Communalrath Dr. med. et chir. Adolf Meuserbauer, in seinem 37ten Lebensjahre. Diesen für mich und meine beiden unminorigen Kinder unerlässlichen Verlust zeige ich in höchsten Schmerzesgefühl allen theilnehmenden Verwandten und Bekannten hiemit an. Meiste, den 1. Juni 1851. Ida Meuserbauer, geb. Walter.

[1680] Todes-Anzeige. Nach langen schweren Leiden verschied am 2. d. Mts. unsere innigst geliebte, unvergessliche Gattin und Mutter, Rosalie, geb. Donner, in einem Alter von 54 Jahren. Diese Trauer-Anzeige widmen den zahlreichen Freunden und Bekannten der theuren Dahingeschiedenen tief betrübt: Friedrich Hofmann, Leutnant a. D., Zuspätker in der sächsischen Witten-Unterrichts-Anstalt. Gustav Hofmann, Appellations-Gerichts-Referendar. Breslau, den 2. Juni 1851.

[1711] Mit Betrübnis theilen wir mit, daß am 31. Mai des Nachmittags um 6 Uhr der Schmachhammer Herr W. Feinze, Mitglied des Feuer-Vertheilungs-Vereins, in Folge der Kopfschlagung, welche er bei dem am 16. v. M. ausgebrochenen Feuer erhalten hatte, leider gestorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch den 4. Juni um 3 Uhr vom Altes-Theater-Spizel aus statt. Die Wittwe-Wittelseder des Feuer-Vertheilungs-Vereins.

Naturwissenschaftl. Sektion. Mittwoch den 4. Juni, Abends 6 Uhr. Der Sekretär der Sektion, Prof. Dr. Göppert, über die ältesten und jüngsten Gebiete der fossilen Flora im Vergleich zur Gegenwart. [1708]

[1340] Die Breslauer Kunst-Ausstellung. Am Freitag den 5. Juni, Abends 6 Uhr ist von früh 9 Uhr bis Abends 6 Uhr (Altes-Theater-Spizel) geöffnet. Eintritt 5 Sgr.

Mittwoch, den 4. Juni, 8 Uhr Abends

Konzert des Kammer-Pianisten, Ritter v. Anton v. Kontski, im Musiksaal der Universität. Billets à 20 Sgr. sind in der Musikhandlung des Herrn Schaeffer, Döbnerstraße und in der Buchhandlung des Herrn U. Kern am Ringe zu haben. Das Programm erscheint morgen. [2555]

[1730] Zu verkaufen. I. Ein Dominium, 5 Meilen von hier, welches über 100 Jahr in einer Familie ist, und 1200 Morgen Acker, 180 Morgen Wiesen, 700 Morgen Forst, 1500 Stück Schafe, 16 Stück Zug-Ochsen etc. etc., eine bedeutende Brennerei, Torf- und Mergellager, Ziegelei, hübsche Jagd und Fischereianlagen, für 95,000 Rthlr., Wohn- und Wirtschafts-Gebäude sind in ganz gutem Bauzustande.

II. Zwei an einander liegende Güter, in fruchtbarster Gegend Schlesiens, von 1126 Morgen Acker, 104 Morgen Wiesen, 242 Morgen Forst, 60 Morgen Hof, Gemüse- und Kräutergärten, Wege und Umland, 124 Q.-R. Teiche, 18 Stück Pferde, 16 Stück Zugochsen, 1400 Stück Schafen und wo die Wohn- und Wirtschafts-Gebäude im besten Bauzustande sind, für 55,000 Rthlr.

III. Ein Dominium, 5 Meilen von hier, mit 600 Morgen Acker, 200 Morgen Wiesen, 20 Morgen Busch, 600 Stück Schafen, 50 Stück Rindvieh, 8 Pferde, und guten Wohn- und Wirtschafts-Gebäuden für 42,000 Rthlr.

Nur ernstlichen Käufern wird das Nähere mitgeteilt durch das Anfrage- und Adress-Bureau im alten Rathhause.

Auktion von Cigarren und Varias-Tabaken. Heute, Dinstag den 3. Juni Vorm. von 10½ Uhr ab werde ich auf dem königl. Pachhofe (Bürgerwerder) 30,000 St. Cigarren, sowie mehrere hundert Pfund echte Varias-Blätter und Rollen-Tabake öffentlich versteigern. [1640] Saul, Auktions-Kommiss.

[1721] Auktions-Anzeige. Morgen, Mittwoch den 4. d. Mts., Vormitt. von 9 Uhr ab werde ich Gartenstraße Nr. 18, eine Treppe hoch, verschiedene ganz gut erhaltene Möbel, mehrere andere Gegenstände, so wie vieles Haus- und Küchengerät öffentlich versteigern. [1640] Saul, Auktions-Kommissarius.

NB. Mittags 12 Uhr kommt auch ein Flügel mit vor.

[1645] D. S. — Post. [1712] Altes Theater. Dinstag den 3. und Mittwoch den 4. Juni: Große mimisch-plastische Kunst-Vorstellung. Anfang halb 8 Uhr. Louis Blach, plast. Künstler.

[241] Civil-Station. Auf den Antrag der Auguste, verheiratheten Thomas, geb. Leonhardt, zu Nieder-Vogel ist der Ehegerichts-Prozess wegen bösslicher Verlassung eingeleitet worden. Wir haben zur Beantwortung der Klage einen Termin a. d. 9. September d. J., Vormittags 11½ Uhr, vor dem Herrn Justiz-Rath hier selbst anberaumen.

Der Verklagte, Steiger Friedrich Thomas, dessen jetziger Aufenthaltsort unbekannt ist, wird zu diesem Termine hiemit öffentlich vorgeladen, entweder persönlich zu erscheinen, oder seine Klageabwehrung vor diesem Termine oder in demselben schriftlich zu überreichen. Es kann jedoch eine schriftliche Klageabwehrung nur dann berücksichtigt werden, wenn sie von einem Rechts-Anwalt abgesetzt ist. Erscheint der re. Thomas in dem anberaumten Termine nicht, und geht von demselben vor oder in diesem Termine auch keine durch einen Rechts-Anwalt abgesetzte, schriftliche Klageabwehrung ein, so wird in contumaciam verfahren werden. Ples, den 15. Mai 1851. Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

[240] Offentlicher Auktions. Die verheirathete Einwohnerin Adam, Anna Rosina, geb. Kager, zu Polame, hat gegen ihren Mann, den Einwohner Christian Adam, wegen bösslicher Verlassung auf Ehegerichts-Beitritt und auf Trennung der Güter Klage erhoben. Der Termin zur Beantwortung der Klage wird auf den 9. September d. J., Vormittags 11 Uhr, anberaumen. Der Verklagte, Christian Adam, wird zu diesem Termine hiemit öffentlich vorgeladen, entweder persönlich zu erscheinen, oder seine Klageabwehrung vor diesem Termine oder in demselben schriftlich zu überreichen. Es kann jedoch eine schriftliche Klageabwehrung nur dann berücksichtigt werden, wenn sie von einem Rechts-Anwalt abgesetzt ist. Erscheint der re. Adam in dem anberaumten Termine nicht, und geht von demselben vor oder in diesem Termine auch keine durch einen Rechts-Anwalt abgesetzte, schriftliche Klageabwehrung ein, so wird in contumaciam verfahren werden. Ples, den 15. Mai 1851. Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

[47] Nothwendiger Verkauf. Die Güter Endersdorf und Bogtdorf, Großtauer Kreises, von welchen nach dem Kreidittschwerte 50,929 Rthl. 6 Sgr. 3 Pf., 46,311 Rthl. 2 Sgr. 10 Pf., und nach dem Substitutions-Verwerthe 62,036 Rthl. 29 Sgr. 6 Pf., 47,747 Rthl. 1 Sgr. 2 Pf., landtätig abgetheilt werden, sollen am 9. Juli 1851, Vormittags 11 Uhr, an ordentlichen Gerichtlicher Schuldenhalter nothwendig subhastiert werden. Taxe und Hypothekenschein können in unserm Bureau H. eingesehen werden. Zugleich werden zu diesem Termine 1) der dem Auktions-Beauftragten unbekannter Gutshaus-Beauftragter, 2) der Bankier Philippmann Raphael Prau 6 niger zu Leipzig oder dessen unbekannter Erben hiemit vorgeladen. Großtauer, den 24. November 1850. Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

[2] Nothwendiger Verkauf. Kreis-Gericht zu Lauban. Das Rittergut Endersdorf, Laubaner Kreises, landtätig abgetheilt auf 10,929 Rthl. 20 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Substitutions-Verwerthe in unserm III. Bureau eingeleiteten Klage, soll am 9. Oktober d. J. Vorm. 11 Uhr an ordentlichen Gerichtlicher Schuldenhalter subhastiert werden. Taxe und Hypothekenschein können in unserm Bureau H. eingesehen werden. Zugleich werden zu diesem Termine 1) der dem Auktions-Beauftragten unbekannter Gutshaus-Beauftragter, 2) der Bankier Philippmann Raphael Prau 6 niger zu Leipzig oder dessen unbekannter Erben hiemit vorgeladen. Großtauer, den 6. Februar 1851.

Sämmtliche Schriften, die bei Gelegenheit der feierlichen Enthüllung des Denkmals Friedrichs des Großen am 31. Mai zu Berlin erschienen, so wie Abbildungen und Beschreibungen des Denkmals selbst, sind vorrätig in der Buchhandlung Ferdinand Hirt in Breslau, (Raschmarkt Nr. 47). [1689]

[157] Substitutions-Patent. Freiwilliger Verkauf. Kreis-Gericht zu Lauban. Erste Abtheilung. Das dem Graf Edgar Ludwigs von Erben gehörige, in Nieder-Schlesien und im böhmischen Kreise an der Berlin-Breslauer Kunststraße, 1 Meile von Lauban, 1½ Meile von Pardubitz, 2½ Meilen von Elitzsch gelegene, zu Erbrecht besessene Gut Ober- und Nieder-Lüttschbach soll am 18. Juni 1851 Vormittags 11 Uhr an ordentlichen Gerichtlicher Schuldenhalter subhastiert werden. Es können der neueste Hypothekenschein, die landtätigliche Taxe und die Verkaufsbedingungen bei uns im Bureau 3 und die Bedingungen auch bei dem Kreis-Schuldenhalter zu Lüttschbach eingesehen werden. Zum Gute gehören 1387 Morgen 144 Okt. Acker, 232 Morgen 143 Okt. Wiese, Gräber und Hutung, 11 Morgen 11 Okt. Garten, 238 Morgen 33 Okt. Radelholz, 230 Morgen 134 Okt. Laubholz, 72 Morgen 110 Okt. Bauwiesen, Hofraum, Teiche, Gewässer, Feldgrün, Wege, zusammen 2173 Morgen 55 Okt. und 491 Rthl. 6 Sgr. 4 Pf. künftige baare Gefälle. Lauban, den 29. April 1851.

[239] Bekanntmachung. Die Verhandlungen des Pfandenthums-Tages am Johann d. J. werden bei der unterzeichneten Bankhank mit dem 16. Juni d. J. ihren Anfang nehmen; die Einzahlung der Pfandbrief-Interessen an die hiesige Bankhank-Kasse ist in den Tagen vom 19. bis 24. Juni d. J. zu leisten; die Einzahlung der am 24. Juni d. J. fälligen Zinspensions wird hier selbst am 25. und 26. Juni d. J. stattfinden. Wer mehr als 5 Zinspensions oder Einzahlungs-Refutationen zur Realisation präferieren will, kann zugleich mit den Dokumenten ein Verzeichnis derselben einreichen, worin die Refutation nach der Nummer, der Littera und dem Zinsbetrage, die Einzahlungs-Refutationen oder nach der Pfandbrief-Bezeichnung, dem Kapitalbetrage, dem Fälligkeits-Termine und der Firma der ausfertigenden Bankhank verzeichnet sein müssen. Dels, den 26. April 1851. Dels-Wilhelmsche Bankhank-Landhank.

[2578] Auktion. Am 4. d. Mts. Vorm. 9 Uhr sollen in Nr. 14 Altes-Theater sehr wenig gebrauchte Möbel, als: Sopha, Spiegel, Glaskränze, Bettstellen, wozu 2 von Kirchgut und 2 von Bagdoni, 6 Broschüren, Kleiderbügel, neue Tisch- und Hängelampen etc. versteigert werden. Mannig, Aukt.-Kommiss.

[1720] Mannigfaltiges. Ein grosses Dominium in Ober-Schlesien, mit bedeutenden vorzüglichen Ländereien, grossen gut bestellten Forst, Hütten-Verken, amerikanischen und Bretschneider-Mühlen, bedeutendem Holzschlag etc. etc. ist zeitgemäss billig (pro Morgen ca. 23 Thlr.) mit einer Anzahlung von 80,000 Thlr. zu verkaufen. Ein schönes Freigut, in Niederschlesien, in schönster Gegend an der belgischen Grenze, und in der Nähe einer Eisenbahn, gelegen, mit 1 Meile von einer Kreisstadt entfernt, mit 80 Morgen Weizenboden, vollständigem Inventar, einem herrschaftlichen Schlossgarten, Wohngebäude von 9 heizbaren Zimmern, nebst Keller, 5 Kellern, Gemüse-, Blumen- und Obst-Gärten ist für 7000 Thlr. mit 2000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen. Dominialgüter diverser Grösse, ländliche Besitzungen zu verschiedenen Preisen sind billig zu verkaufen. Oeconomie-, Forst- und Hütten-Beamteten, Sekretären, Rentmeistern etc., welche vorzüglich empfohlen werden, suchen Engagements. Auf portofreie Anfragen ertheilt prompt Nachricht: das Merkantil-Kommiss.-Komito zu Preiskretscham in O/S.

[1682] Reelles Heiraths-gesuch. Ein junger Kaufmann, welcher seit längerer Zeit in einem Städtchen unweit Breslau etablirt und sich nun in seinem eigenthümlichen Hause eines lebhaften Geschäfts erfreut, sucht nach diesem Wege eine Lebensgefährtin. Ein respektables Vermögen von circa 2000 Thalern wird gewünscht. Mit Versicherung der strengsten Diskretion werden gebiete Adressen unter A. W. poste restante Breslau höflich erbeten. [2559] Mein am hiesigen Markte neu erbauter Gasthof, bestehend aus zwölf Zimmern und den nöthigen Stallungen, beschaffe ich mit dem ersten August d. J. zu verkaufen. Die Pächter- und Besizer-Verhältnisse, welche hierauf reflektieren wollen, können die Bedingungen jederzeit bei mir einsehen. Lublitz, den 30. Mai 1851. J. F. Reichle.

[1688] Unter 27. d. Mts. kaufte Jemand von auswärtig in Breslau bei Herrn C. u. Komp. eine Zuckerschale für den Preis von 9 Thlr.; den nachfolgenden Tag sandte er dieselbe wieder zurück, mit dem Gebieten, 1 Thlr. daran zu verlieren; das wurde aber von der genannten Handlung oder dem Goldarbeiter nicht angenommen. Was müssen die Leute verdienen? N. N.

[2556] Zur gütigen Beachtung. Den geehrten Herren Gut- und Auktionshändlern hier und in der Umgegend erlaube ich mir die ergebende Anzeige zu machen, daß ich in meiner Kalandrucker den End- und Zugs-Dampfschiffen in allen Conleuren und Mühlen eingerichtet habe, so wie auch für die Herren Fabrikanten Muffelneile die laute in den neuesten Desinns drucke. — Für die Wechsell mit garantirt und ich bitte daher, mich mit recht zahlreichen Aufträgen gütlich beehren zu wollen. Langenbielau, im Mai 1851. Gottfried Steinberg, Zugs- und Kalandrucker, der evangelischen Kirche gegenüber.

Flügel-Ausstellung. Ein englischer Concert-Flügel, nach dem verbesserten System der Fabrik Pleyel in Paris konstruirt, ist in meiner Manufaktur so eben vollendet worden. Kunstfreund lade ich ganz ergebenst zu dessen Besichtigung hiermit ein. Außerdem sind von den beliebten Leipziger Stutz-Flügeln Vorräthe vorhanden. Fr. Lublitz, Sandstr. Nr. 5. [2565]

[1688] Wein-Offerte. Ein auswärtiges Haus hat mit den kommissionarischen Verkauf einer Partie theils sehr feiner Rhein-Weine übertragen, wovon bei gefälliger Entnahme einer ganzen Original-Kiste von circa 20 bis 30 Flaschen die Preise wesentlich billiger sind. Carl Steulmann, Universitäts-Platz und Schmiedstr. Ecke 36. [2544] Ein hiesiger Kaufmann ertheilt sich zur Übernahme von Agenturen, Kommissionen etc. Näheres unter Chiffre C. B. poste restante Breslau.

Literarische Anzeigen der Buchhandlung Josef May und Komp. in Breslau.

[1691] Bei G. Reimer in Berlin, Wilhelmstraße 73, ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Breslau in der Buchhandlung Josef May und Komp.: G. S. Berg, das Leben des Ministers Freiherrn v. Stein. Dritter Band. Geh. 3 Thlr. 10 Sgr., gebunden 3 Thlr. 20 Sgr.

A. Böckh, die Staatshaushaltung der Athener. Zweite Ausgabe, Erster Band. Buch I—IV. Geh. 3 Thlr. 10 Sgr.

C. Ritter, die Erdkunde u. s. w. 15. Thl., zweite Abtheil. Auch unter dem Titel: Vergleichende Erdkunde der Sinai-Halbinsel, von Palästina und Syrien. 2. Bd., zweite Abtheil. 3 Thlr.

E. du Bois-Reymond, über thierische Bewegung. Rede gehalten im Verein für wissenschaftliche Vorträge zu Berlin. Geh. 6 Sgr.

D. Iunil Iuvenalis Saturarum libri V. cum scholiis veteribus recensuit et emendavit Otto Jahn. Geh. 2 Thlr. 7½ Sgr.

Der Nibelunge Noth und die Klage. Nach der ältesten Ueberlieferung mit Beziehung des Unrechts und mit den Abweichungen der gemeinen Lesart herausgegeben von K. Lachmann. Dritte Ausgabe. Geh. 1 Thlr. 15 Sgr.

Die Selbstständigkeit der evangelischen Landeskirche in Preussen und ihre Verbindung durch das Kultusministerium. Altemässig dargestellt und mit einer Position der hohen zweiten preussischen Kammer überreicht von Sena, Sp. dom, Elster, Krause, Risto, Müller. Geh. 10 Sgr.

Für Landwirthse. Vollständiges Handbuch der Trockenlegung der Felder durch Unterdrainage nach dem älteren und nach dem neueren Systeme. Nach Henry Stephens und M. J. Reder bearbeitet von G. F. Schmidt, Dekonomie-Rath zu Hohenheim. Mit 70 Holzschnitten. 8. geh. 25 Sgr.

Neben dem älteren ist hier auch das neuere verbesserte System, wonach, statt der feineren terdrains, Kellungen von bannen idernen Röhren in den Boden gelegt werden, und die Anfertigung dieser Röhren, mit Nachweisung der finanziellen Vortheile der Trockenlegungen, vollständig, als in jeder andern deutschen Schrift und durch viele Holzschnitte veranschaulicht, so deutlich beschreiben, daß Jeder in Stand gesetzt wird, die Trockenlegung selbst auszuführen.

Der Obbau auf dem Lande, dargestellt als Entwurf einer bestehenden Konstruktion für Gemeindefauna-Wärter. Im Auftrag der k. württemb. Centralstelle für die Landwirthschaft bearbeitet von C. Lufas, Gartenbaulehrer in Hohenheim. Mit 10 Abbildungen. Zweite verm. Aufl. gr. 8. geh. 12 Sgr.

Der Verf., der durch seine früheren viel verbreiteten Schriften: Die Lehre von der Obbau und Gartenfreunde (gr. 20 Sgr.), der Gemüths- und praktische Anleitung für Landwirthse, Gärtner und Gartenfreunde (gr. 20 Sgr.) und populäre Anleitung zum ländlichen Gartenbau (gr. 15 Sgr.) längst rühmlichst bekannt ist, hat diese zweite Aufl. mehrfach verbessert und die Abbildungen neu beigegeben.

Beschreibung und Abbildung der nützlichen Geräthe und Werkzeuge zum Betriebe der Landwirthschaft aus der Hohenheimer Modell-Sammlung von E. F. C. König. Zweite verm. Aufl., mit 58 Tafeln, 404 Abbildungen enthaltend. gr. 4. geh. 3 Thlr.

Seit Erscheinen der ersten Aufl. ist die Hohenheimer Modell-Sammlung bedeutend vermehrt worden, und es gibt daher diese 2. Aufl. 33 weitere Abbildungen der wichtigsten neueren Geräthe und Werkzeuge. Die Zugabe der 2. Aufl. sind als „Supplemente“ zur ersten Aufl. für 7½ Sgr. auch besonders zu erhalten.

Die äußeren Mängel und Gebrechen des Pferdes. Ein Taschenbuch für Pferdebesitzer und Pferdebesitzer mit einer Abbildung in Stahlstich nach einer Zeichnung des Prof. Baumeister. Taschenformat. geh. 2 Sgr.

Landwirthschaftlichen Vereinen wird beim Bezuge stärkerer Partien zur Auftheilung ein noch billigerer Partspreis gewährt.

Das Pferd, seine Zucht, Behandlung, Struktur, Mängel und Krankheiten. Nach dem Englischen mit Anmerkungen und Zusätzen von E. Hering, Mediz.-Rath. Mit 120 Holzschnitten. Zweite verbesserte und vermehrte Aufl. gr. 8. In engl. Leinw. geh. 3 Thlr.

Das Rindvieh, seine Zucht, Behandlung, Struktur und Krankheiten. Nach dem Engl. mit Anmerkungen und Zusätzen von E. Hering. Mit 75 Holzschnitten. Zweite Aufl. gr. 8. In engl. Leinwand geh. 3 Thlr. 2½ Sgr.

Das Schaf, seine Zucht, Behandlung, Lebensverhältnisse und Krankheiten, nebst Beschreibung und Beurtheilung der Wolle. Nach dem Englischen mit Anmerkungen und Zusätzen von F. M. Duttchenhofer, Dr. med. Mit 66 Holzschnitten. Zweite Aufl. gr. 8. In engl. Leinwand geh. 3 Thlr. 10 Sgr.

Gemeinschaft. Handbuch der Thierheilkunde in alphabetischer Ordnung, enthaltend die Beschreibung der Krankheiten des Pferdes, Rindes, Schaafe, Schweines, Hundes u. s. w., ihre Pflege und Heilung, nebst Angabe der Arzneimittel, ihre Bereitung und Gabe, für Thierärzte und zum Selbstgebrauch für Landwirthse bearb. von Prof. W. Baumeister und Dr. F. M. Duttchenhofer. Mit 278 Abbildungen. Zweite Ausgabe. gr. 8. In englischer Leinw. geh. 2 Thlr. 20 Sgr.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen Schlesiens, in Breslau durch May und Komp., Hirt und alle dortigen Buchhändler.

[1693] In der Buchhandlung von Josef May u. Komp. in Breslau, George in Schwedenstr., Reizner in Kienitz und in den unterzeichneten Buchhandlungen ist zu haben: Als ein in jeder Hinsicht guter Rathgeber zur Selbstbeforgung des Gartens ist zur Anschaffung zu empfehlen: Der populäre Gartenfreund,

oder die Kunst, alle in Deutschland vegetirenden Blumen und Gartengewächse auf die leichteste und einträglichste Weise zu ziehen. Mit einem Gartenkalender. Auf praktische Erfahrungen gegründet. Herausgegeben von D. Schmidt und Fr. Herzog (Kunstgärtner in Weimar). Dritte verm. Aufl. Preis 20 Sgr.

Von diesem beliebten Gartenbuche ist jetzt die dritte verbesserte Auflage erschienen, worin die Ziehung, Wartung u. Pflege der verschiedenen Blumen und Gartengewächse in 110 Anweisungen beschrieben ist, und dazu noch die besten Vertilgungsmittel gegen schädliche Insekten enthält.

Auch in der Flemmingischen Sortiments-Buchhandlung in Glogau, Breslau u. Frankfurt in Glogau, Burdard in Weisse, Köpfer in Glogau, Reizner in Glogau, Weisse in Glogau, Ziegler in Glogau und in allen Buchhandlungen vorrätig.

[1694] Bei Josef May u. Komp. in Breslau ist zu haben: Der Laubenfreund.

Über gründlicher Unterricht in der Laubenkunst, enthaltend Belehrungen über die verschiedenen Arten der Lauben, ihre Natur und Lebensart, Anbau, Anzucht, Wartung, Erziehung und Wartung derselben. Von D. A. Weber. Zweite Auflage. Zweite Auflage. 8. geh. Preis 10 Sgr.

[1695] Bei Kraus und Hoffmann in Stuttgart sind neu erschienen: Bauer, J. S., Prof., Anleitung zur Dichtkunst, mit sorgfältig gewählten Beispielen. Für Schulen und zum Privat-Unterricht. Zweite, gänzlich umgearbeitete Auflage. brosch. 21 Sgr.

— Anleitung zur Redekunst, mit sorgfältig gewählten Beispielen. Für Schulen und zum Privat-Unterricht. Zweite, gänzlich umgearbeitete Auflage. brosch. 15 Sgr.

Vorrätig in jeder soliden Buchhandlung, namentlich bei Josef May u. Komp. in Breslau.

[1696] In unserem Verlage ist so eben erschienen und durch die Buchhandlung Josef May und Komp. in Breslau zu beziehen: Dr. Ferdinand Arlt, (ordentl. öffentl. Prof. der Augenheilkunde an der Universität zu Prag) Die Krankheiten des Auges, für praktische Aerzte geschildert. I. Band. Die Krankheiten der Binde- und Hornhaut. Mit einer lithogr. Tafel. 19 Bogen in gr. 8. Geh. 3 Thl. C. M. Prag, im März 1851. F. A. Credner u. Kleinbub, k. k. Hof-Buch- u. Kunsthandl.







